

## Inhalt

<b>Rückzahlung von Studienkosten im dualen Studium .....</b>	<b>2</b>
<b>„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“ .....</b>	<b>3</b>
<b>Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt! .....</b>	<b>4</b>
<b>Resolution: Seenotrettung ist kein Verbrechen .....</b>	<b>6</b>
<b>Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!.....</b>	<b>7</b>
<b>Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr .....</b>	<b>8</b>
<b>Nachhaltig wachsen – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschafts- und Industriepolitik in Zeiten des Klimawandels.....</b>	<b>10</b>
<b>Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen -Pauschalisierung des Entlastungsbetrages .....</b>	<b>20</b>
<b>Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft.....</b>	<b>21</b>
<b>Verstetigung der Finanzierung von Dachverbänden im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ .....</b>	<b>28</b>
<b>Beim Klimaschutz darf jede*r mitreden – Klimapolitik transparent gestalten .....</b>	<b>29</b>
<b>Dirty Old Town – Ein Herz für die Provinz.....</b>	<b>30</b>
<b>(Wieder) Mehr Demokratie wagen – integrierte Stichwahl für Bürgermeister*innen und Landrät*innen einführen.....</b>	<b>32</b>
<b>Public Money, Public Code - was alle bezahlen, soll auch allen gehören.....</b>	<b>34</b>
<b>Alle reden vom Rave! Wir nicht! .....</b>	<b>38</b>

**A1**

## Rückzahlung von Studienkosten im dualen Studium

AntragsstellerIn: Kreisverband Minden-Lübbecke

Die Regionalkonferenz der Jusos OWL möge beschließen, dass Firmen von dual Studierenden keine Rückzahlung der durch das Studium entstandenen Kosten verlangen dürfen.

Das Einstellen von dual Studierenden birgt ein unternehmerisches Risiko, dass nicht einfach auf Menschen abgewälzt werden darf. Genau wie andere Auszubildende müssen dual Studierende sich darauf verlassen können, dass sie mit dem Studium ein gutes Fundament für ihre Berufslaufbahn legen und nicht etwa fürchten müssen, bei Nichtbestehen mit Schulden belastet werden.

Der Verlust durch etwaige entstandene Kosten im Studium kann Firmen weiterhin als Anreiz dienen, die Studierenden bei ihrem Studium (etwa in Form von Zeit zum Lernen oder durch Hilfe von bereits Ausgelernten) zu unterstützen.

Dual Studierende sind ohnehin durch einen hohen Leistungsdruck belastet, der durch das Zusammenspiel von Studium, Arbeit und Ausbildung entsteht. Zusätzliche Strapazen durch die Furcht vor der Rückzahlung einer hohen Geldsumme kann daher schnell zu psychischen Erkrankungen führen.

**A2****„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“**

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“ – so könnten viele Jugendliche fragen, nachdem sie ihre erste Gehaltsabrechnung erhalten haben. Die Antwort auf diese rhetorische Frage lautet natürlich „Nichts“ und so schließt sich die Frage nach der Berechtigung von finanzieller Benachteiligung von über 200.000 Kindern und Jugendlichen in Betreuten Wohneinrichtungen oder Pflegefamilien an. Wenn diese in ihrer Jugend ihr Taschengeld aufbessern und durch arbeiten neben der Schule etwas hinzuverdienen wollen oder während ihrer Ausbildung eine Ausbildungsvergütung erhalten, wird dieses Geld bis zu 75% einbehalten. Durch ein intransparentes und willkürliches Antragsverfahren gibt es mittlerweile zwar die Möglichkeit, mehr einzubehalten. Diese reicht aber bei weitem nicht aus, da sie sich auf Jobs beschränkt, die im sozialen oder kulturellen Bereich bestehen oder „dem Zweck der Jugendhilfe dienlich“ sind.

Junge Menschen, die schon von vorneherein mit Herausforderungen zu kämpfen, die die meisten in ihrem Alter glücklicherweise nicht haben, werden also zusätzliche Hürden auf dem Weg in die finanzielle Selbständigkeit und berufliche Bildung aufgestellt. Ihnen wird vermittelt, dass ihre Arbeit nur 25% von dem wert ist, als wenn sie jemand anderes machen würde, und dass es sich somit kaum lohnt, diese Arbeit zu ergreifen. Ein Ausweg aus dieser Situation ist Schwarzarbeit, die natürlich nicht abzugsfähig ist, ein anderer, sich nicht um Arbeit oder Ausbildung zu bemühen, und ein weiterer, es doch zu tun und sich von der geringen Bezahlung frustrieren lassen.

Das können aus unserer Sicht keine Alternativen oder Perspektiven für motivierte junge Menschen sein, denen wir einen guten Start ins Arbeitsleben ermöglichen wollen. Darum fordern wir:

- Eine Streichung der Heranziehung der Einkommen von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien oder Betreuten Wohneinrichtungen
- Streichung der Voraussetzungen bzgl. der Art der Tätigkeit

# A3

## Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt!

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1,55 Millionen Menschen leben in Deutschland alleine mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Dies bringt für die betreffende erziehende Person eine Reihe von nicht zuletzt finanziellen Herausforderungen mit sich. Der höhere Zeitaufwand für die Erziehung verhindert häufig die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung, was in der Konsequenz oft im Bezug von Arbeitslosengeld II als Hauptgeldquelle oder als Aufstockung führt. Auch aufgrund dieser schwierigen finanziellen Lage, sind insbesondere die betroffenen Kinder auf Unterhaltszahlungen des weiteren Elternteils angewiesen, um die Ausgaben für Kleidung, Bildung und den täglichen Bedarf zu decken. Dabei kommt es bei 780.000 Alleinerziehenden dazu, dass entweder nicht oder nicht regelmäßig oder nicht in der vereinbarten Höhe gezahlt wird. In diesem Fall springt der Staat ein und zahlt den Betroffenen den sogenannten Unterhaltsvorschuss. Je nach Alter des Kindes beträgt dieser zwischen 160€ und 282€ pro Monat und wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs gezahlt. Bis es vor einigen Jahren geändert wurde, wurde die Summe nur bis zur Vollendung des 12. Lebensjahrs ausgezahlt. Diese an sich sinnvolle Reform zur Entlastung von Alleinerziehenden geht finanziell allerdings zulasten der lokalen Kommunen. Alleine in NRW zahlen diese 32,5 Millionen Euro mehr als vorher, obwohl der prozentuale Anteil an den Vorschüssen im Vergleich zu Land und Bund sogar gesunken ist.

Man sollte meinen, dass dieser „Vorschuss“ im Nachgang vom säumigen unterhaltspflichtigen Elternteil zurückgefordert wird, um nicht die Gesellschaft dafür haftbar zu machen. Dies ist mitnichten der Fall. Nur 13% der Forderungen werden beglichen, der Rest nicht. Konkret bedeutete das für 2018 beispielsweise Kosten für den Staat in Höhe von 2,1 Milliarden Euro, demgegenüber standen 270 Millionen Euro an wiedergeholtem Geld. Dies liegt zum einen daran, dass das Einkommen schlicht nicht dazu ausreicht und unter der Grenze, ab der man zahlungspflichtig ist, liegt. Zum anderen aber auch an dem schlicht fehlenden Willen, das andere Elternteil finanziell zu unterstützen, zur Not auch auf dem Rücken des betroffenen Kindes. Durch Umzug ohne Mitteilung der neuen Adresse, Schwarzarbeit, Zahlungsverweigerung, Ausnutzen der mangelhaften Verwaltung der Forderungen bei den Behörden werden viele Möglichkeiten genutzt, um sich vor den Unterhaltszahlungen zu drücken.

Diese Thematik hat neben der finanziellen auch noch eine geschlechtliche Komponente: Von 1,55 Millionen Alleinerziehenden sind 1,36 Millionen Frauen, 91% aller säumigen Unterhaltspflichtigen sind Männer.

Zur Bekämpfung von unberechtigter Nichtzahlung von Unterhaltsansprüchen an Ex-Partner\*innen und dem Ausnutzen des Unterhaltsvorschusses für den eigenen finanziellen Vorteil fordern wir daher:

- Sensibilisierung von Behörden für diese Problematik und Austausch mit Verbänden von Alleinerziehenden
- Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können die zuständigen Kommunen die Kompetenzen an das Finanzamt übertragen. Darüber sollen die entsprechenden Stellen mit mehr Personal ausgestattet werden.
- Eine Übertragung der Kompetenz ist nur in Absprache mit dem entsprechenden Finanzamt möglich. Die Antragstellung muss weiterhin einheitlich beim jeweiligen Jugendamt stattfinden, um eine entsprechende Transparenz für die Betroffenen zu gewährleisten. Im Falle einer Übertragung werden die entsprechenden Jugendämter an den wieder eingeholten Zahlungen beteiligt. Erweiterte Nachweispflichten der Unterhaltspflichtigen über Zahlungsunfähigkeit

- Erweiterte Sanktionsmöglichkeiten wie einfachere Pfändungen
- Übernahme eines größeren Anteils der Vorschüsse durch den Bund zur Entlastung der Kommunen

**E1**

## Resolution: Seenotrettung ist kein Verbrechen

AntragsstellerIn: Kreisverband Höxter

Wir erklären uns solidarisch mit der Seenotrettung im Mittelmeer und fordern deren Entkriminalisierung. Seenotrettung ist eine europäische Aufgabe und muss von den europäischen Staaten unterstützt werden. Hunderte, Tausende Menschen wagen den Schritt und flüchten aus ihren Ländern Richtung Europa, dabei nehmen sie den gefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich. Deutschland, aber auch die europäische Union haben bei den Fluchtursachen dabei nicht einen ganz unerheblichen Teil mitzuverantworten.

Aus dem perfiden Grund der angeblichen "Invasion", wie es europäische Rechte immer gerne betiteln, werden auf dem Meer gestrandete Menschen im Stich gelassen. Dabei ist Erste Hilfe bei Ertrinkenden bzw. Bei denjenigen, die wochenlang auf den Schiffen fahren Pflicht.

Und nun retten diese NGOs diese Menschen und bieten ihnen Hilfe an und bringen sie ans sichere Land, aber wir, wir lehnen sie ab. Und diejenigen, die sie retten sollen zur Verantwortung gezogen werden? Ein Umstand, der so nicht für demokratische Parteien in Europa tragbar ist. Ein Europa, welches erst vor ein paar Jahren den Friedensnobelpreis bekommen hat? Wie kann dieses Europa verantworten lassen, dass unter ihrer Flagge Menschen ertrinken?

Die SPD muss wieder als Partei der gelebten Solidarität auftreten. Einander helfen, und vor allem, den Schwächeren helfen, ist ein Grundpfeiler, wenn nicht sogar der Grundpfeiler unserer Partei.

## E2

### Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

Im Koalitionsvertrag wurde ein Stopp von Rüstungsexporten an Beteiligte des Jemen-Kriegs vereinbart. Bis zur Ermordung des saudischen Journalisten Khasoggi in der saudi-arabischen Botschaft in der Türkei hatte diese Vereinbarung aber keinerlei praktische Konsequenzen für Exporte von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien, die auch in eben jenem Jemen-Krieg eingesetzt werden konnten. Dieser vorläufige Stopp, dessen Ende nicht nur von französischen Rüstungsunternehmen, die gemeinsam mit deutschen produzieren und somit auf deren Mitwirkung angewiesen sind, gefordert wird, gilt jedoch nur für deutsche Firmen. Ausländische Tochterfirmen deutscher Unternehmen sind davon nicht betroffen. Beispielhaft hierfür steht die Firma Rheinmetall, deren italienische bzw. südafrikanische Tochterfirma Saudi-Arabien weiterhin mit Rüstungsgütern wie Munition versorgt. Während Wirtschaftsminister Peter Altmaier keinen Bedarf zu einer Änderung des entsprechenden Artikels 49 der Außenwirtschaftsordnung sieht, sagen wir:

Diese Umgehung deutscher Waffenexportrestriktionen kostet Menschenleben und ist nicht weiter hinnehmbar!

Zur weiteren Begrenzung von Rüstungsexporten fordern wir daher:

- Einbeziehung von Tochterfirmen deutscher Unternehmen in Rüstungsexportrestriktionen
- Austausch mit europäischen Partnerländern über Einschränkungen von Rüstungsexporten, v. a. in Krisengebiete

**E3**

## Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

Wir fordern eine sofortige Revision und Ausweitung des Haar und Barterlasses, sodass auch Männer mit langen Haaren und langem Bart, sei es aus religiösen oder persönlichen Gründen, den Dienst bei der Bundeswehr antreten können. Sicherheitsaspekte wie ABC-Schutz oder die abnehmende Seh- und Hörfähigkeit der Soldat\*innen haben allerdings bei allen Veränderungen des Haar- und Barterlasses Vorrang.

### **Begründung**

Aus der zentralen Dienstvorschrift für das äußere Erscheinungsbild der Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr vom Bundesministerium der Verteidigung A-2630/1 geht folgendes hervor:

*201. Die Haartracht der Soldatinnen und Soldaten darf den vorschriftsmäßigen Sitz der Kopfbedeckung sowie die Funktionalität der militärischen Ausrüstung nicht behindern. Sie muss sauber und gepflegt sein. Modische Frisuren sind erlaubt, sofern sie nicht in Schnitt und Form besonders auffällig sind (z. B. Irokesenschnitte, Ornamentschnitte, Sidecuts).*

*Haarfärbungen/Tönungen, zu denen auch einzelne Haarpartien (z. B. Strähnen) zählen, dürfen nur dem Spektrum der natürlichen Haarfarben entsprechen. Starke Kontraste sind unzulässig.*

*202. Die Haare von Soldaten müssen kurz geschnitten sein. Ohren und Augen dürfen nicht bedeckt sein. Das Haar ist so zu tragen, dass bei aufrechter Kopfhaltung Uniform- und Hemdkragen nicht berührt werden.*

*203. Bärte sind gepflegt und gestutzt zu halten. Will sich der Soldat einen Bart wachsen lassen, muss er dies während seines Urlaubs tun. Disziplinarvorgesetzte können Ausnahmen genehmigen.*

*204. Die Haartracht von Soldatinnen darf die Augen nicht bedecken. Haare, die bei aufrechter Körper- und Kopfhaltung die Schulter berühren würden, sind am Hinterkopf komplett gezopft auf dem Rücken oder gesteckt zu tragen. Dabei sind Form und Farbe der Haarspangen/Bänder dezent zu halten*

2005 wurde bereits gegen den Haar und Barterlass von einem Soldaten Klage erhoben und der Kläger hat beim Truppendienstgericht in München Recht erhalten.

Das Argument, wonach männliche Soldaten langes Haar bei der Dienstausbübung beeinträchtigt, ist nicht mehr länger tragfähig angesichts der Zulassung von weiblichen Soldaten seit dem 1. Januar 2001 in allen Laufbahnen. Die Kammer des Truppendienstgerichts Süd in München hat demnach mit Beschluss vom 4. Januar 2005 den Haarerlass als willkürlich und verfassungswidrig bezeichnet.

Trotzdem hält das Verteidigungsministerium am Haar und Barterlass fest.

Der Bart und Haarerlass kollidiert nicht nur gegen Artikel 2 des Grundgesetzes :



## Art. 2

*(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

Sondern auch gegen Artikel 4, wenn z.B Sikhs aus religiösen Gründen lange Haare tragen :

## Art 4

*(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.*

*(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.*

Hier kollidieren Artikel 2 Und Artikel 4 des Grundgesetzes mit dem Haar und Barterlass, welches auch nicht als ein formelles Gesetz zu verstehen ist, da es nicht vom Parlament beschlossen wurde und auch keine Satzung oder Rechtsverordnung darstellt. Es handelt sich hierbei um einen so genannten Erlass um eine Anweisung des Bundesministers der Verteidigung an nachgeordnete Dienststellen. Auch der Bundesminister der Verteidigung ist als Teil der Exekutive an die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gebunden, Art. 20 Abs. 3 GG.

**F1**

## Nachhaltig wachsen – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschafts- und Industriepolitik in Zeiten des Klimawandels

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

Die politische Debatte im Jahr 2019 ist geprägt von der Klima-Frage. Nach dem Hitze- und Dürresommer 2018, den Bildern von schmelzenden Eisbergen und vermüllten Meeren in den Nachrichten und dem vor allem von jungen Menschen auf die Straße gebrachten Druck erwarten viele Menschen von der Politik ein schnelleres Umstellen auf eine nachhaltigere Wirtschafts- und Lebensweise. Der Klimawandel stellt in seinem Voranschreiten einen Imperativ für die Politik dar, der sich nicht wegverhandeln lässt: Wenn die Menschheit auf diesem Planeten eine Zukunft haben will, muss sie umsteuern. Wir als Jusos unterstützen deshalb die Bewegung Fridays for Future.

Gleichzeitig zeigt das Ergebnis der Europawahl aber auch, dass es offensichtlich nicht überall Klima-Fragen sind, die Menschen umtreiben. So sind es im Osten nicht nur die Grünen, sondern die Rechtsradikalen, die zulegen konnten. Wir stellen deshalb fest, dass wir es derzeit mit drei großen gesellschaftlichen Veränderungen zu tun haben: Erstens die ökologische Transformation, also der mit der Rio-Konferenz 1992 gestartete politische gesteuerte Versuch, die Wirtschafts- und Lebensweise der Menschen so umzustellen, dass der menschengemachte Klimawandel entweder aufgehalten oder zumindest eingeschränkt werden kann. Zweitens die Globalisierung, also die internationale Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Und drittens die Digitalisierung, also die Automatisierung von Arbeitsprozessen. All diese Prozesse finden statt unter den Bedingungen eines sich in den vergangenen Jahrzehnten neoliberalisierten Kapitalismus.

Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus, die Gesellschaft der Freien und Gleichen. In der Tradition der Arbeiter\*innenbewegung sehen wir uns als progressive Partei, die den Fortschritt nicht verteuert, sondern ihn gestaltet. Man kann die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage diskutieren – genauso wie man die soziale Frage nicht ohne ökologische Frage diskutieren kann. Die ökologische Krise macht klar: Unsere Wirtschaft kann nicht so weiter wachsen wie bisher. Trotzdem müssen wir an den Zielen des sozialen Fortschritts festhalten. Statt einer „Zurück in die Höhle“-Politik stehen wir für nachhaltiges Wachstum, das soziales und grünes Wachstum miteinander verbindet.

Kernthema sozialdemokratischer Politik muss wieder Wirtschaftspolitik werden. Nicht das, was in den vergangenen Jahrzehnten oft missverständlich als Wirtschaftspolitik bezeichnet worden ist, nämlich die Liberalisierung von Märkten, sondern eine wirkliche Politisierung und damit Demokratisierung der Wirtschaft. Die Neoliberalisierung der Politik hat dazu geführt, dass der Staat und damit die demokratische Kontrolle sich zunehmend aus Wirtschaftsfragen zurückgezogen, sich den Marktimperativen unterworfen und damit die Zunahme sozialer Ungleichheit in Kauf genommen hat. Das ist nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, sondern auch für die Demokratie: Wenn Netflix das Stadttheater, Amazon die Stadtbücherei, der private Konzern das kommunale Krankenhaus und Uber das Taxi ersetzt, geraten nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten unter Druck, sondern dann verlieren auch die Menschen demokratische Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten und überlassen sie den großen Konzernen.

Dazu kommt für die mittelstandsbasierte europäische Wirtschaft eine globale Bedrohung: Der Wettbewerb mit den amerikanischen Tech-Konzernen und den chinesischen Staatsunternehmen ist längst Realität und die Politik bleibt sprachlos, wie sie Wettbewerbsfähigkeit ohne ein Herabsenken von Arbeitsbedingungen und sozialen und ökologischen Standards garantieren kann.

Stattdessen setzt gerade die Europäische Kommission auf eine hoch schädliche Wettbewerbspolitik, die arbeitsplatzsichernde und globale Wettbewerbsfähigkeit schaffende Fusionen mittelgroßer und großer Unternehmen blockiert. Prominentes Beispiel ist die Blockade der Fusion von Thyssenkrupp mit Tata Steel. Bei der geplanten Fusion wurde unter Beteiligung der IG Metall ein langjähriger Ausschluss von Kündigungen vereinbart. Nach dem Stopp der Fusion baut Thyssenkrupp nun Stellen ab.

In Anbetracht der globalen und digitalen Veränderungen und der ökologischen Herausforderung lohnt es sich einen Blick auf einen Sektor der Wirtschaft zu werfen, der vielen schon als Relikt der Vergangenheit galt: Die Industrie. Erst durch die große Finanzkrise, in der mit dem Finanz- und Bankensektor einer der wichtigsten Dienstleistungssektoren in eine tiefe Krise geriet, wurde der Wert einer starken und zukunftsfähigen Industrie wiederentdeckt. Wir wollen deshalb an dieser Stelle Grundsätze aufstellen, wie jungsozialistische Industriepolitik in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel aussehen kann.

### **Nachhaltig wachsen – ein rotes Konzept**

Grünes Wachstum ist eine rote Idee! Heute muss es darum gehen, grünes und soziales Wachstum zu nachhaltigem Wachstum zu verbinden.

Die Kritik am kapitalistischen Wachstum ist für die Arbeiter\*innenbewegung ein historisch gewachsenes Kernanliegen. In der Tradition des Demokratischen Sozialismus fiel das Urteil über Wachstum *als Produktion von gesellschaftlichem Mehrwert* meist ambivalent aus: Einerseits folgte aus der Industrialisierung nach kapitalistischer Logik, dass hiermit Massenarmut und Entfremdung des Menschen einhergingen, wie es Karl Marx und Friedrich Engels herausgearbeitet haben. Andererseits ist der Kapitalismus gerade aus marxistischer Sicht ein Gesellschaftssystem von zuvor nicht gekannter Leistungsfähigkeit. Seine Produktivkräfte konnten den Feudalismus zerstören und vorher unvorstellbaren gesellschaftlichen Reichtum erzeugen, der sich allerdings auf die herrschende bürgerliche Klasse konzentrierte. Marx und Engels prophezeiten, dass sich der Kapitalismus früher oder später selbst überwinden würde, weil er Produktivkräfte (wie Maschinen, Technik) hervorbrächte, die seine Logik sprengten. Im Vertrauen auf diesen „großen Kladderadatsch“ setzte die deutsche Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf eine Doppelstrategie: Zum einen wollte sie die konkreten Problemlagen der ausgegrenzten Arbeiter\*innen nicht ignorieren. Zum anderen hielt sie mehrheitlich große ‚reformistische‘ Systemveränderungen für unmöglich. Der Druck auf diese Doppelstrategie wuchs nach der Novemberrevolution 1918 gewaltig an: Die Sozialdemokratie stand auf der einen Seite im Kampf gegen reaktionäre Monarchist\*innen und Nationalist\*innen und auf der anderen in Konkurrenz zu den zunehmend fremdgesteuerten Kommunist\*innen. In dieser Lage mussten die Sozialdemokrat\*innen die neuen demokratischen Errungenschaften verteidigen. Die Kritik am System trat realpolitisch zurück, auch wenn sie in der Sozialdemokratie ideologische Bedeutung hatte. Sozialer Fortschritt innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaft – das erschien jetzt machbar, zumindest für die vielen Sozialdemokrat\*innen, die in Reichs- oder Landesregierungen, aber auch in Betriebsräten und Gewerkschaften Ämter inne hatten. Schon zu Zeiten der Weimarer Republik hatten sich also innerhalb der sozialdemokratischen Praxis die Schlussfolgerungen verändert, die aus der marxistischen Kapitalismuskritik gezogen wurden. Auch wenn der Kapitalismus noch immer mit Argwohn betrachtet wurde, so erschien er nicht mehr in erster Linie als unabdingbar ausbeuterisches System, das sich bald selbst überwinden würde. Stattdessen packte die Sozialdemokratie die fortschrittliche Seite des Kapitalismus beim Schopfe: Sie sah dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und versuchte, das kapitalistische Grundübel – wonach der Mehrwert der Produktion den Kapitalist\*innen zugeführt wird – durch Reformen in den Griff zu bekommen. Es ging ihnen einerseits um betriebliche Beteiligung der Arbeiter\*innen am erzeugten Mehrwert, andererseits um den Ausbau des bisher Bismarckschen Sozialstaats. Dieser schon lange praktizierte Ansatz wurde in Bad Godesberg 1959 auch zum Programm der SPD. Kapitalistisches

Wirtschaftswachstum galt jetzt als potenzielle Quelle von sozialem Fortschritt, wenn denn der Mehrwert der Produktion betrieblich und gesellschaftlich mit der Arbeiter\*innenschaft fair geteilt würde. Das Credo war: Kapitalistisches Wachstum muss als soziales Wachstum verwirklicht werden. Dieses Wachstumsverständnis ist in der Sozialdemokratie bis heute sehr präsent, doch erfährt es spätestens seit Mitte der 70er Jahre gut begründeten Widerspruch.

Ab 1966 stand die SPD in der Bundesrepublik erstmals in Regierungsverantwortung. In Abgrenzung zu der marktorientierten Zeit des Wirtschaftswunders setzte man konzeptionell auf klare Gegenmodelle für neues Wachstum. Politische Planung der Gesellschaft und besonders Karl Schillers Stabilitäts- und Wachstumsgesetz sollten neuen Fortschritt bringen. Diese neuen Konzepte setzten auf die Chancen aufkommender (Computer-)Technologie und die Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Auf dieser Grundlage, so dachten damals nicht nur Sozialdemokrat\*innen, ließe sich die Wirklichkeit besser analysieren und verändern. Durchaus mechanisch gedacht sollten politische Ziele schlichtweg „von oben“ durchgeplant und umgesetzt werden (z.B. beim Ziel der Vollbeschäftigung). Bei diesen hochgesteckten Zielen blieb der Erfolg der Planungseuphorie aus. Das Scheitern von Bretton Woods, die Ölkrise, die enttäuschten Menschen, die sich von Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ fälschlicherweise eine direkt demokratische statt repräsentativ demokratische Stärkung erhofft hatten und dann mit einer Politik konfrontiert wurden, die planerisch von oben soziales Wachstum durchsetzen wollte: Die Hochphase des Keynesianismus scheiterte und wurde durch neoliberale Wirtschaftspolitik ersetzt, die mehr Effizienz und mehr Freiheit versprach.

In der gleichen Zeit nahm eine zweite Entwicklung ihren Anfang: 1972 wurde die schon heute klassische Studie „Die Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome veröffentlicht. In aller Schärfe wandte sich die Studie gegen das Wirtschaftswachstum, von dem bisher v.a. die Industrieländer profitiert hatten. Die Studie rechnete hypothetisch vor, dass viele der benötigten Ressourcen (wie seltene Metalle etc.) schon in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht wären. Der Tenor war klar: Auf einem materiell begrenzten Planeten könnte es kein unbegrenztes Wachstum geben. Eine weitere desaströse Folge von Industrialisierung und Kapitalismus wurde damit beleuchtet: Wirtschaftliches Wachstum zerstörte zunehmend seine eigene ökologische Grundlage. Schon Marx hatte davon gesprochen, dass der Kapitalismus eine Tendenz hat, seine eigene Grundlage zu zerstören: Arbeiter\*in und Boden. Die daraus entstandene Bewegung fand ihren Weg in die Sozialdemokratie: Gerade die Jusos waren stark in die Anti-AKW-Proteste involviert. Allerdings ist es zweifelsohne ein politisches Versäumnis der Sozialdemokratie, dass trotz aller Bemühungen einiger Sozialdemokrat\*innen wie etwa Erhard Eppler weder Kanzler Schmidt noch Parteivorsitzender Willy Brandt ein glaubwürdiges Angebot an die neue ökologische Bewegung richten konnte. War bis in die 70er Jahre die Friedens- und Ökologiebewegung rein sozialdemokratisch, bekam die SPD zu Beginn der 80er Jahre mit der Gründung der Grünen eine Konkurrenz. Konzeptionell blieb die ökologische Bewegung zunächst blank. Die ersten Ansätze, die über ein „Zurück in die Höhle“-Konzept hinausgingen, waren Ende der 80er Jahre sozialdemokratische Ideen zu grünem Wachstum mit dem Ziel, die Produktion von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Mehrwert vom Verbrauch endlicher Ressourcen abzukoppeln.

1991 war es der Sozialdemokrat Hermann Scheer, der das erste Einspeisevergütungsgesetz für Erneuerbare Energien erarbeitete und es zu einem überparteilichen Beschluss brachte. Zehn Jahre später folgte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das inzwischen die Strukturen der Stromerzeugung grundlegend geändert hat. 2018 lag der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor in Deutschland bei 38 Prozent. Die Treibhausgasemissionen konnten seit 1990 um fast 30 Prozent gesenkt werden. Alleine die Chemie-Industrie hat den Ausstoß von Schadstoffen seit 1990 halbiert. Auch wenn nach aktuellem Stand die Anstrengungen nicht ausreichen werden, um die von der Bundesregierung gesteckten Ziele (40 Prozent Minderung der Treibhausgase bis 2020 gegenüber 1990,

55 Prozent bis 2030, 70 Prozent bis 2040 und Treibhaus-Neutralität bis 2050) zu erreichen, so zeigt sich grundsätzlich: Wachstum und Nachhaltigkeit sind keine Widersprüche.

Gerade wenn es um Arbeitsplätze und Strukturwandel in alten Industrie-Regionen geht, kann aber ein Zielkonflikt zwischen grünem und sozialem Wachstum bestehen. Richtige soziale Ziele und notwendige ökologische Transformation dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb gilt es grünes und soziales Wachstum zu nachhaltigem Wachstum zu vereinen. Dieses Wachstum ist ein Gegenmodell zum Wachstum des neoliberalisierten Kapitalismus: In eine gute Zukunft für alle wachsen statt kurzfristig den größtmöglichen shareholder value zu erzeugen.

### **Klimapolitik heißt Umverteilungspolitik**

Heute werden Klimafragen wieder intensiv diskutiert und kaum jemand rechnet der SPD Kompetenzen in diesem Bereich zu. Offensichtlich hat die Partei es in den vergangenen Jahren versäumt, ein eigenes Verständnis davon zu entwickeln, was in der heutigen Zeit Klimapolitik aus sozialdemokratischer Perspektive heißt. Und so gibt es derzeit ein hegemoniales Verständnis von Klimapolitik, das auf Verbote und Regulationen setzt, die soziale Frage aber vollkommen ausklammert.

Diese Verbots-Ausrichtung wird von Rechten und teilweise von Liberalen angegriffen, erstaunlicherweise aber kaum von links kritisch hinterfragt. Unsere Gesellschaft ist geprägt durch ein soziales Auseinanderdriften. Eine einseitige Ausrichtung auf Verbots-Politik wird dazu führen, dass Klimapolitik den Spaltkeil in die Gesellschaft noch tiefer treibt.

Klimapolitik, die auf nachhaltiges Wachstum setzt, muss als Umverteilungspolitik verstanden werden. Das heißt in erster Linie ein aktiver Staat, der gerecht besteuert, um nachhaltige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit zu finanzieren. So kann Klimapolitik auch als Mittel verstanden werden, einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten.

### **Zukunftsfähige Industrie gibt es nur mit strategischer Industriepolitik**

Das Ende der Industrie als wichtiger Sektor zukunftsfähiger Wirtschaft galt schon als breiter Konsens. Von Liberalen über Konservative bis hin in breite Teile der Sozialdemokratie erwartete man im 21. Jahrhundert ein Zeitalter der Dienstleistungen und Finanzmärkte. Diese Euphorie zerplatzte in der Finanzkrise. Deutschland, lange als kranker Mann Europas verspottet, konnte davon profitieren, dass es noch immer einen hohen Anteil von Industrie und industrienahen Dienstleistungen an der Wertschöpfung hatte. Die noch starke Industrie zusammen mit dem Konjunkturprogramm, das die SPD in der großen Koalition gegen die ideenlosen Unionsparteien durchsetzen konnte, führten dazu, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten glimpflich aus der Weltwirtschaftskrise kam. Doch dass der Wert der Industrie wieder erkannt worden ist, führt alleine noch nicht dazu, dass Industriepolitik strategisch betrieben wird, um sie auf das Ziel des nachhaltigen Wachstums auszurichten.

Derzeit ist die Industriepolitik von zwei gegensätzlichen Ansätzen geprägt. Zum einen gibt es den klassisch neoliberalen Ansatz, nach dem der Staat lediglich Bürokratie abbaut und ansonsten auf die Innovationskraft des Marktes hofft. Dieser Ansatz übersieht, dass private Investoren oft das Risiko scheuen, das für die notwendige Innovation notwendig wäre. Von der Eisenbahn über Internet, GPS, Touchscreens bis hin zu moderner Nanotechnologie sind die wesentlichen zu Wachstum führenden Innovationen durch die Risikobereitschaft des Staates entstanden. Der Kapitalismus hingegen hat sich in eine Richtung entwickelt, in der Wertabschöpfung stärker belohnt wird als Wertschöpfung. So wird zugelassen, dass vor allem die großen Digital-Konzerne von den staatlichen Investitionen profitieren, gleichzeitig aber keinen angemessenen Beitrag als Steuern zurückzahlen müssen. Lenkt man gegen diese Entwicklung nicht ein, gerät die für nachhaltiges Wachstum notwendige Innovationsfähigkeit in Gefahr. Der neoliberale Ansatz ist also nicht zukunftsfähig.

Auf einen gegensätzlichen Ansatz setzt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Als Antwort auf den Druck, der durch die Wettbewerbsvorteile chinesischer und amerikanischer Konkurrenz entsteht, will er bestehende Industrien durch wirtschaftspolitisch flankierte Modernisierung erhalten, also in erster Linie nationale Champions zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit fördern, etwa durch Lockerungen von Fusionsregeln. Das klingt auf den ersten Blick nachvollziehbar und kann bei Einbindung von Gewerkschaften und bei einer klaren Prioritätensetzung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und Tarifbindung dabei helfen, die Rechte von Beschäftigten zu erhalten und auszubauen. Langfristig hilft dieser Ansatz aber zur Schaffung von nachhaltigem Wachstum auch nicht weiter. Denn was die zukunfts- und marktfähigen Sektoren und Technologien sind, kann nicht der Staat vorschreiben. So könnten Ressourcen an den falschen Stellen eingesetzt und vergeudet werden. Letztlich verhindert dieser Ansatz mehr Innovation als dass es sie schafft.

Weder der neoliberale noch der staatsmonopolistisch-kapitalistische Ansatz von Peter Altmaier sind strategische Industriepolitik. Ziel muss es sein, Innovation zu schaffen, die zu nachhaltigem Wachstum führt. Kernvoraussetzung dafür ist ein aktiver Staat, der zu Investitionen bereit ist. Die Schuldenbremse in der Verfassung und die schwarze Null als erklärtes politisches Ziel wirken sich faktisch als Investitionsbremse aus.

Für eine strategische Industriepolitik gilt es, sowohl Angebot als auch Nachfrage in den Blick zu nehmen. Wenn man mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen die Angebotsbedingungen positiv gestalten will, hilft es nur wenig, über Senkungen von Steuern und Abbau von Bürokratie zu reden. Stattdessen muss Angebotspolitik als Investitionspolitik begriffen werden: Anders als etwa Bundesbildungsministerin Anja Karliczek es sich vorstellt („Kein 5G an jeder Milchkanne“) muss der Staat eine flächendeckende und anspruchsvolle digitale Infrastruktur anbieten. Außerdem gilt es mit risikobereiter staatlicher Grundlagenforschung die Voraussetzungen für wirtschaftliche Innovationen zu schaffen. Gleichzeitig muss der Staat über öffentliche Nachfrage dazu beitragen, nachhaltige Produktivität zu ermöglichen. Dafür müssen ökologische Produktionsprozesse industrialisiert werden. Ziel der strategischen Nachfrage-Politik muss also die Etablierung einer Massenproduktion ökologischer und sozialer Güter sein.

### **Gute Arbeit ist die Voraussetzung für eine gute Wirtschaft**

Digitalisierung, Globalisierung und ökologische Transformation bedeuten auch eine Veränderung der Arbeitswelt. Aus der Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung wissen wir, dass Arbeit im Zentrum aller gesellschaftlichen Entwicklung steht. Noch immer gibt es die weit verbreitete Auffassung, die auch der EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber im Europa-Wahlkampf wiederholte: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Übersetzt also: Die Aufgabe von Politik sei es nur, Arbeitsplätze zu schaffen, die Bedingungen der Arbeit aber dem freien Spiel der Märkte zu überlassen. Dabei ist auch klar: Würden ökologische Verbesserungen zu einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen führen, würde dies zu berechtigtem Widerstand gegen die ökologische Transformation führen.

Wenn nachhaltige Industriepolitik wirklich grüne und soziale Ziele miteinander verbinden soll, muss sie auch für gute Arbeitsplätze und eine Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe sorgen. Das Ziel muss deshalb emanzipative Vollbeschäftigung (auch unter Berücksichtigung von zum Beispiel Care-Arbeit) heißen und kann nicht über Konzepte des bedingungslosen Grundeinkommens erreicht werden. Gerade in Zeiten des Wandels ist es stattdessen wichtig, betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung zu stärken.

Die Bereitstellung von guten Arbeitsplätzen wird vor allem in den Regionen relevant, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind. Ein Ansatz ist es, speziell Forschungsgelder in diese Regionen fließen zu lassen um mit dem Bau oder Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue Impulse für die Regionen zu geben. Wichtig wird es auch sein, in diesen Regionen nicht nur zu forschen,

sondern auch die Innovationskraft in den Betrieben zu stärken. Viele mittelständische Betriebe haben zum Beispiel nur wenige oder gar keine Ingenieur\*innen, sodass die Digitalisierung gerade für diese Betriebe, die vielen Menschen Arbeit geben, eine besonders große Herausforderung wird. Deshalb sollte in diesen Regionen nicht nur geforscht, sondern auch Technologietransfer organisiert werden. Als Beispiel könnte dafür könnte das Technologie-Netzwerk aus Ostwestfalen-Lippe „it's owl“ herangezogen werden. Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung muss dazu Prozesse moderieren, die die Abhängigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen von zum Beispiel der Autoindustrie zu mindern und Produktvielfalt fördern. Dazu kommt, dass mit Blick auf die oft schlechten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft eine einseitige Fokussierung auf Forschungseinrichtungen nicht ausreicht. Ziel muss es sein, auch in diesen Regionen neue Industrien mit guten Arbeitsplätzen anzubieten.

### **Deindustrialisierung spaltet die Gesellschaft**

Die industrielle Arbeiter\*innenschaft hat durch eine starke gewerkschaftliche Organisationsquote hohe Tariflohnabschlüsse erkämpft und Anschluss an die Mittelschicht der Angestellten gefunden. Diese Entwicklung kann auch als „Ende des Proletariats“ beschrieben werden und findet Ausdruck in der These, dass sich die „Sozialdemokratie zu Tode gesiegt“ habe. Eine trügerische Einschätzung, denn der eigentliche Bruch in dieser neuen industriellen Mittelschicht hatte schon mit den ersten Zechenschließungen Ende der 50er Jahre in Ostwestfalen eingesetzt. Das Zechensterben war dabei nur das markanteste Beispiel für eine Entwicklung, die vom Verschwinden industrieller Arbeitsplätze geprägt war. Selten wurde es dabei so laut wie bei den Protesten zwischen Rhein und Ruhr, aber die Deindustrialisierung erfolgte stetig, lautlos und dauerhaft. War 1970 noch jeder zweite Arbeitsplatz in Deutschland im industriellen Sektor angesiedelt, war es in den 1990er Jahren nicht mal mehr jeder dritte.

Neben der Tatsache, dass technologische Entwicklungen zu einem Abbau von Arbeitsplätzen geführt hat und in der Spitze bedeutet, dass ganze Produktionsketten automatisch ablaufen und noch durch eine Maschinenbediener\*in kontrolliert werden, hat auch die neoliberale Hochphase zu einem Umdenken in der Unternehmensführung geführt. Zum einen ist Shareholder-Value-Prinzip schon Ende der 80er Jahre zum betriebswirtschaftlichen Einmaleins geworden und damit die Macht von Betriebsräten und Gewerkschaften Stück für Stück aus den Unternehmen verschwunden. Zum anderen haben Digitalisierungs- und Outsourcingprozesse zu einer Optimierung von Produktionsabläufen geführt, die in den meisten Fällen einfache Arbeitsabläufe ins günstigere Ausland verlagerten. Die deutsche Arbeitnehmer\*innenschaft wurde Stück für Stück spezialisiert bis zu dem Punkt, an dem eine ganze Produktionsbranche wegbrach und diese Spezialist\*innen nicht mehr gebraucht wurden. Weil vor allem große Industrieunternehmen nicht die notwendige Flexibilität mitbrachten, traf diese Entwicklung das europäische Ausland deutlich härter als Deutschland, dessen industrieller Sektor vor allem durch mittelständischen Werkzeug- und Maschinenbau geprägt ist. So ist beispielsweise die englische Textilindustrie inzwischen fast völlig verschwunden.

Doch auch in Deutschland hat sich durch einen neuen Finanzmarkkapitalismus das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch einmal völlig neu definiert. Die Gewinne werden nicht mehr durch die eigentliche Produktion, sondern durch Börsenwetten generiert. Natürlich sind Teile der ehemaligen Industriebelegschaften auch im Dienstleistungssektor untergekommen. Gerade dort ist aber der gewerkschaftliche Organisationsgrad deutlich geringer und so ist ein Wechsel oft mit sozialem Abstieg verbunden. Außerdem sind öffentlicher Dienst und Dienstleistungssektor nicht im gleichen Maße gewachsen, wie der industrielle Sektor geschrumpft ist. Dieser Weg war also nicht für jede\*n möglich. Wer im letzten Drittel des Erwerbslebens steht, kann keine langjährigen Umschulungsprozesse durchlaufen.

Im Zusammenspiel mit der Neuordnung der Sozialgesetzgebung unter dem Schlagwort Agenda2010 entwickelt sich so eine Art Teufelskreis. Menschen, die irgendwann ihre Arbeitsstelle verloren und mit Anfang Fünfzig nicht zurück in den Arbeitsmarkt gefunden haben, finden nicht zurück ins Erwerbsleben. Nach zwei Jahren Arbeitslosengeld I sind sie dann ganz unten angekommen: Auf „Hartz IV“. Als Folge müssen sie ihre Ersparnisse oder ihr Eigenheim aufgeben und stehen auf einer sozialen Stufe mit denjenigen, die noch nie gearbeitet hatten. Die hart erkämpften Erfolge von dreißig Jahren Erwerbsbiografie, auf die sie stolz waren, sind quasi aus dem Lebenslauf gestrichen worden. Das ist menschlich hart, demotivierend und es nimmt den Menschen ihr soziales Selbstverständnis.

Daneben trifft diese Entwicklung auch ungelernete Arbeiter\*innen und Migrant\*innen im besonderen Maße, weil diese beiden Gruppen oft auch prekäre Bildungsvoraussetzungen in einem selektiven deutschen Schulsystem haben. Für diese Gruppen gab es in den letzten Jahren keine „gute konjunkturelle Lage in Deutschland“. Der Gini-Koeffizient, der Vermögensverteilungen misst, hat sich laut OECD in den letzten zwanzig Jahren immer weiter erhöht. Das bedeutet vereinfacht gesagt: Große Teile der Gesellschaft partizipieren nicht am Wohlstand.

Gerade in den neuen Bundesländern ist diese Entwicklung besonders stark zu beobachten. Die staatlichen Großunternehmen der DDR sind nach der Wende im rasanten Tempo zerschlagen und privatisiert worden. Von den 150 Großbetrieben in der DDR mit mehr als 5000 Beschäftigten blieben nach der Wende noch fünf. Die Erfahrungen und Enttäuschungen, die die Menschen dort gemacht haben, wissen (neben anderen politischen Fehlentwicklungen wie etwa den fehlenden Konsequenzen für gewaltbereite Neonazis in den 1990er-Jahren) rechtsradikale Kräfte in Stimmenpotenzial umzusetzen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in den USA und Großbritannien beobachten: Es waren gerade die Regionen mit einer früher starken Industrie, deren Strukturwandel als politische Antwort der neoliberalen Politiken die Leitlinie „Das soll der Markt richten“ hatte, in denen viele Menschen gegen ihre eigentlichen ökonomischen Interessen für Trump oder für den Brexit gestimmt haben. Diese Stimmen sind auch ein Protest gegen eine linke Politik, die sich auf identitätspolitische Fragen konzentriert, die Spaltung der Gesellschaft durch die Deindustrialisierung aber für kaum relevant gehalten hat. Aber gerade der Teil der politischen Linken, der die Klassengesellschaft für überwunden gehalten hat, hat die Menschen verloren, die das Vorhandensein von Klassen mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verwirklichungschancen jeden Tag in ihrem Alltag zu spüren bekommen. Diese Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie ist wohl nirgendwo so eindrucksvoll zu beobachten wie in den USA: Küstenregionen mit nahmen Zugriff zu politischer, wirtschaftlicher und medialer Macht und dazwischen deindustrialisierte Regionen, die im Volksmund als „flyover states“ verspottet werden, weil die Mächtigen und Reichen sie nur vom Blick aus dem Flugzeug kennen. Wo eine politische Linke mit der Beantwortung sozialer Fragen und dem Versprechen von Anerkennung, sicheren Arbeitsplätzen und einer guten Infrastruktur ausbleibt, ziehen sich die Menschen ins Nationale zurück. Die Rechten können zwar auch keine sozialen Antworten bieten, aber sie bieten Anerkennung über nationale Identitäten.

Gerade deshalb ist es sozialdemokratische Aufgabe, die von den Rechten instrumentalisierten Ängste zu nehmen und durch ein positives-progressives Bild zu ersetzen. Dazu gehört es auch, der Verachtung von industrieller Arbeitswelt entgegen zu treten. Wer die gesellschaftlichen Spaltungen beenden will, muss Industriepolitik gestalten wollen. Gesellschaftliche Veränderung wie die die ökologische Transformation brauchen politische Mehrheiten.

### **Ohne handlungsfähige Kommunen gibt es keine gute Zukunft**

Der gewaltige Investitionsstau in Deutschland zeigt sich nicht nur bei digitalen und überregionalen Verkehrsnetzen, sondern vor allem auch in den Kommunen. Die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen sind dabei regional sehr unterschiedlich. Gerade die Kommunen, die als



Globalisierungsverlierer starke Strukturwandel zu bewältigen hatten, wurden in Folge einer erhöhten Arbeitslosigkeit durch die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips bei Sozialleistungen in den Abbau von freiwilligen Leistungen und die Verschuldung durch Kassenkredite getrieben. Die finanzielle Schieflage vieler Kommunen ist also grundsätzlich nicht die Folge unseriöser kommunaler Finanzplanung, sondern von strukturellen Fehlentwicklungen bei der Kommunalfinanzierung.

Die Folge: Die Kommunen leben nur noch von der Substanz. Seit der Wiedervereinigung sind die kommunalen Investitionen dramatisch eingebrochen, die Nettowerte sind seit sechzehn Jahren in Folge negativ. Die KfW bemisst den kommunalen Investitionsstau auf 138 Milliarden Euro.

Die Konsequenzen sind für die Menschen direkt spürbar: Wenn Schwimmbäder geschlossen werden, wenn kein Bus mehr fährt, wenn die Mietpreise der privatisierten Wohnungen steigen oder wenn die Schulgebäude marode sind, sinkt die Lebensqualität. Für Unternehmen wird es schwer, Fachkräfte in solche Kommunen anzuwerben. Höhere Gewerbesteuern und eine marode Infrastruktur vor Ort führen dazu, dass Unternehmen abwandern.

Kommunen wie Mohnheim nutzen diese Schieflage aus, ziehen mit Niedrigst-Sätzen bei der Gewerbesteuer Unternehmen an und verschlimmern so die finanzielle Schieflage anderer Kommunen. Ein solcher Steuerwettbewerb zwischen den Kommunen mit der Herausbildung kommunaler Steueroasen führt zu keinerlei wirtschaftlichem Fortschritt, sondern zu einer Abwärtsspirale bei der kommunalen Infrastruktur.

Handlungsfähige und investitionsbereite Kommunen werden gebraucht, wenn die Transformationen gelingen sollen. Deshalb muss eine grundsätzliche Neuregelung der kommunalen Finanzen in den Blick genommen werden.

### **Die europäische Dimension mitdenken**

In einer globalisierten Welt reicht eine nationalstaatliche Industrie-Strategie nicht aus – gerade wenn man ein globales Thema wie den Klimawandel damit angehen will. Europa hat einen gemeinsamen Markt, es braucht endlich auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die EU ist noch immer geprägt von der Idee, dass bei einem gemeinsamen Binnenmarkt ein Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten zur Herstellung globaler Wettbewerbsfähigkeit förderlich sei. Diese Politik führt allerdings zu einem ruinösen Wettbewerb mit einer Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen und bietet keine Perspektive, mit chinesischen Staatsunternehmen und US-amerikanischen Tech-Konzernen mithalten zu können.

Dazu kommt eine starke ökonomische Polarisierung Europas, die ihre Ursache nicht nur in unterschiedlichen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem in der Ungleichheit der Produktionsstrukturen hat. Während etwa Deutschland eine hohe ökonomische Komplexität aufzuweisen hat, haben Griechenland, Spanien, Portugal, Lettland und Estland ein geringes Ausmaß an technologischen Kapazitäten. Die europäische Politik braucht ein gemeinsames Verständnis davon, wie man die europäische Wirtschaft innovativer machen will. Dazu lohnt sich auch ein genauerer Blick auf die Außenhandelsbilanz Deutschlands. Durch niedrige Löhne hat es die Wirtschaft der Bundesrepublik zwar geschafft massive Exportüberschüsse zu erzielen, allerdings sind die Gewinne weder durch eine hohe Importquote ausgeglichen worden, noch über Vermögens- oder Erbschaftssteuern in die Investitionskraft des Staates zurückgeflossen. Während die Wirtschaft von infrastruktureller Substanz gelebt hat, gab es auf Seiten der Vermögensverteilung eine doppelte Umverteilung von unten nach oben: Zum einen in den eigenen Betrieben, wo die Belegschaften nicht im ausreichenden Maße am Exportgewinn beteiligt wurden, und zum anderen zwischen den europäischen Staaten. Denn wo die Importe aus Deutschland kamen, wurden oft mit Schulden bezahlt

Praktisch möglich wird eine solche gemeinsame Politik nur sein, wenn man sich auf ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten einlässt. Vorgehen sollte die Eurozone, ausgestattet mit einem eigenen starken Budget, das für gezielte Investitionen genutzt wird.

### Was wir wollen

Konkret fordern wir deshalb:

- Die Schuldenbremse muss wieder aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen gestrichen werden. Der Fiskalpakt der Europäischen Union muss aufgekündigt und neu verhandelt werden mit dem Ziel, fiskalische Stabilität nicht mehr gegen Innovationsfähigkeit auszuspielen.
- Ein Vorrang für Investitionen muss langfristig sichergestellt werden. Deshalb soll eine permanent positive Investitionsquote von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes festgelegt werden.
- Praktisch finden öffentliche Investitionen zu einem großen Teil in den Kommunen statt. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine Investitionspolitik. Wir setzen daher auf einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen und eine Neuregelung der kommunalen Finanzierung.
- Die Bundesregierung soll einen Plan aufstellen, in welche Richtung Innovation gefördert und öffentliche Nachfrage im nächsten Jahrzehnt gelenkt werden. Ziel soll dabei sein:
  - **Mobilität:** Bis 2030 soll Deutschland das klimafreundlichste und engmaschigste Mobilitätsangebot weltweit bieten. Dabei gilt es die soziale Dimension von Mobilität und die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen sowohl in Ballungszentren als auch in weniger besiedelten Räumen mitzudenken. Unser langfristiges Ziel bleibt der ticketlose ÖPNV.
  - **Wohnen:** Bis 2030 soll die öffentliche Hand massiv in den Wohnungsbau investieren. Das ist sowohl für die Ballungsräume mit ihrem Wohnungsmangel als auch für weniger dicht besiedelte Räume relevant, in denen etwa Smart-Home-Lösungen einen besseren Zugang zu medizinischer Infrastruktur ermöglichen können.
  - **Energie:** Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll bis 2030 auf mindestens 65 Prozent steigen.
- Die Arbeit und die Ergebnisse der "Kohlekommission waren und bleiben wichtig. Unser Anspruch und Ziel ist es aber auch, dass technische und soziale Lösungen für ein Ende des Abbaus und der Verbrennung umweltschädlicher Braunkohle, das deutlich vor 2038 liegt, gefunden und umgesetzt werden.
- Die vor 25 Jahren im neoliberalen Zeitgeist durchgeführte Bahnreform hat sich als Rückschritt für den Schienenverkehr erwiesen: Die Belastung für die Steuerzahler\*in ist gestiegen, die Qualität hat abgenommen. Eines der Kernprobleme: Die Bahn befindet sich zwar in staatlicher Hand, eine politische Vorgabe für die strategische Ausrichtung gibt es aber nicht. Und so konzentriert sich die Bahn immer stärker auf das Auslandsgeschäft und niemand fordert den Verfassungsauftrag zum Erhalt und Ausbau der Schienen-Infrastruktur ein. Wir setzen dagegen auf die Idee einer gemeinsamen europäischen Bahngesellschaft, die als zentralen Auftrag nicht die Gewinnmaximierung bekommt, sondern eine Stärkung der Mobilitäts-Infrastruktur,

eine Vorreiterrolle in ökologischen Innovationen und eine Beachtung der sozialen Dimension von Mobilität.

- Ein wichtiges Ziel bleibt es, Güterverkehr von der Straße zu holen und gleichzeitig effiziente Transportwege zu ermöglichen. Das heißt, dass nicht nur in die Schiene, sondern auch in den Ausbau von Wasserstraßen investiert werden muss.
- In der Regel wird bei der Produktion die Wiederverwendbarkeit von Produkten nicht in den Vordergrund gestellt. Stattdessen wird bei ausrangierten Maschinen, Autos oder Elektrogeräten erst nachträglich geprüft, welche Bestandteile zu recyceln sind, welche Sonderbehandlungen notwendig sind, welche Giftstoffe teuer behandelt werden müssen, welcher Deponiemüll anfällt und so weiter. Ziel sollte es dagegen sein, jedes Produkt im Hinblick auf seine vollständige Wiederverwendbarkeit zu konzipieren. Die Politik muss für die Schaffung einer solchen Kreislaufwirtschaft die Rahmenbedingungen schaffen. Instrumente dafür sind Förderprogramme, steuerpolitische Anreize oder eine Rücknahmepflicht für bestimmte Produkte.
- Insgesamt können steuerpolitische Anreize helfen, die Produktion nachhaltiger zu gestalten. Maßnahmen dazu können die Streichung umweltschädlicher Subventionen, eine ökologische Spreizung der Mehrwertsteuer oder eine sozial ausgestaltete CO<sup>2</sup>-Bepreisung sein.
- Oft scheitern wichtige Infrastrukturprojekte an lokalen Protest-Initiativen. Wir brauchen effektive Wege zur Durchsetzung von wichtigen Infrastrukturprojekten, die die Menschen vor Ort frühzeitig informieren und beteiligen.
- Es muss sichergestellt werden, dass innovative Ideen nicht an Kapitalmangel oder fehlender Risikobereitschaft von Kreditinstituten scheitern. Deshalb gilt es – zum Beispiel durch die KfW oder staatliche Fonds – die Finanzierung von Green Tech-Investitionen und Neugründungen sicherzustellen.
- Finanzielle staatliche Förderungen für industriepolitische Maßnahmen sollten degressiv gestaltet und befristet sein. So kann sichergestellt werden, dass die nachhaltig erwirtschafteten Produkte langfristig aus eigener Kraft im globalen Wettbewerb bestehen können.
- Wir brauchen Vorfahrt für grüne Investitionen: Wenn Kommunen, Länder oder der Bund Geld anlegen, sollen sie dies bevorzugt in Unternehmen und Branchen tun, die Umwelt und Klima schützen oder schonen und nicht zu deren Verschmutzung bzw. Wandel beitragen.

**F2****Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen -  
Pauschalisierung des Entlastungsbetrages**

AntragsstellerIn: Kreisverband Höxter

Die Regionalkonferenz möge beschließen, dass der §24b des Einkommensteuergesetzes geändert wird. Das Gesetz soll den Entlastungsbetrag nicht an die Zugehörigkeit eines Kindes an die Wohnung, sondern an das Alter des Kindes knüpfen. Die Altersbegrenzung soll bei 25 Jahren liegen.

**Begründung**

Im Grundsatz ist der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende eine gute Sache. Das alleinerziehende Elternteil erhält, sofern es nicht mit einer erwachsenen Person in einem Haushalt lebt, jährlich einen Betrag von 1.908€ für das erste Kind und für jedes weitere Kind 240€, die steuerlich berücksichtigt werden können.

Es gibt jedoch einen Sonderfall, der in der Praxis immer häufiger wird. Das Gesetz knüpft daran an, dass es für die Kinder noch Anspruch auf Kindergeld bzw. einen Kinderfreibetrag gibt und dass diese (mit Erst- oder Zweitwohnsitz) bei dem Haushalt des alleinerziehenden Elternteils gemeldet sind. Leben nun bspw. zwei Kinder in einem Haushalt und das Eine ist älter als 18 Jahre und hat eine abgeschlossene Ausbildung oder Studium, so entfällt für dieses Kind grundsätzlich ein Anspruch auf Kindergeld. Das alleinerziehende Elternteil lebt nun als mit einer erwachsenen Person zusammen. Daher entfällt der gesamte Entlastungsbetrag. (Heißt für Kind 1 und Kind 2)

Wir fordern daher, dass es eine Altergrenze, ähnlich wie beim Anspruch auf den Kinderfreibetrag bzw. Kindergeld, geben muss. Diese soll auch wie beim Kindergeld 25 Jahre betragen (vgl §32 Abs. 4 Nr.2 ). Heißt: Egal, was die Kinder beruflich machen, das alleinerziehende Elternteil bekommt den vollen Entlastungsbetrag

# F3

## Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

Am 15. September 2008 brach mit der Insolvenzanmeldung der US-Investment-Bank Lehman Brothers eine globale Finanzkrise aus, die sich in Europa zur Wirtschafts- und später auch zur Staatsschulden- und Eurokrise ausweitete. Eine der Folgen der verschiedenen Krisen war, dass zum wiederholten Male Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert wurden. Dieses Vorgehen und diese Krisenkaskade wäre nicht möglich gewesen ohne vorherige jahrelange weltweite Deregulierung des Finanzsektors, in Deutschland unter anderem durch die frühere rot-grüne Bundesregierung.

Zentrale Aufgabe dieses Finanzsektors ist es, Unternehmen und Haushalte unter anderem mittels Transformationsleistungen durch Kreditvergabe mit Geld zu versorgen, deren Ersparnisse anzunehmen und weitere Finanzdienstleistungen in deren Sinne anzubieten. Zentrale Aufgabe des Finanzsektors ist **nicht**, auf die Pleite von Staaten und Unternehmen zu wetten, Intransparenz als Geschäftsmodell zu verwirklichen, wie die Hypo Real Estate mit harten Kernkapitalquoten von 0.08% zu arbeiten, Hochleistungscomputer für die Gewinnung von Sekundenbruchteilen bei Wertpapiertransaktionen aufzustellen oder durch unnötig komplexe Produkte, teilweise gepaart mit krimineller Energie, Kund\*innen und Regulierungs- sowie Steuerbehörden zu täuschen.

Um diese Fehlentwicklungen zu stoppen, zukünftigen Krisen entgegenzuwirken, Spekulationen zu verhindern, Verbraucher\*innen zu schützen und Finanzinstitute zu stabilisieren braucht es eine Reihe von Reformen des Finanzsektors. Im Zentrum müssen Maßnahmen stehen, die darauf abzielen, unverantwortlich riskantes Verhalten zu verhindern, zu erschweren oder zumindest die Beteiligten an entstehenden Kosten zu beteiligen und das Finanzsystem als ganzes widerstandsfähiger zu machen.

### Weiterentwicklung von Basel III:

- Strengere Eigenkapitalvorschriften  
→ Augenmerk auf Verschuldungsgrad sowie Liquidität
- TLAC als Instrument zur besseren Kapitalausstattung im Krisenfall
- Schwerpunkt nicht auf Krediten an Realwirtschaft, sondern auf komplexe und riskante Finanzprodukte  
→ Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen nicht weiter erschweren

Der sogenannte Basel-Prozess zur Regulierung von Banken wurde bereits 1988 angestoßen, war zu Beginn allerdings noch von Fehlentwicklungen und -einschätzungen geprägt. Beispielhaft sei hier nur die Einschätzung genannt, dass Staatsanleihen von Euro-Staaten so sicher sind, dass Banken hierfür kein Eigenkapital vorhalten müssen. Es braucht also eine Weiterentwicklung der Vorschriften, um eine weitere, langfristige Stabilisierung des Finanzsektors zu erreichen. Eine besondere Herausforderung ist hierbei, dass kleinere Institute und Unternehmen nicht unnötig durch überbordende Bürokratie oder schwierigere Kreditaufnahme benachteiligt werden. Umgekehrt sollen vor allem große Institute mit sehr großer Bilanz, vielen komplexen Produkten und intransparenten Risiken dazu gebracht werden, an diesen drei Punkten zu arbeiten.

Da es in einem herausfordernden Marktumfeld zwischen Digitalisierung, Niedrigzinsphase, Wettbewerb und Regulierungskosten schwierig sein kann, kurzfristig die notwendigen Mengen an Eigenkapital zu erwirtschaften, kann zusätzlich auf TLAC (Total Loss Absorbing Capacity) zurückgegriffen werden. Wir erkennen an, dass es durch die mögliche Umwandlung von Fremd- zu Eigenkapital stabilisierende Wirkung haben kann, sehen die Möglichkeit zur Steuerersparnis durch

Zinszahlungen, die im Gegensatz zu Eigenkapitalkosten wie Dividende steuerlich abzugsfähig sind. Ein weiteres Ziel dieser Maßnahmen müssen drastische Bilanzverkürzungen und Risikoabbau bei Finanzinstituten sein. Dies soll aber nicht durch Auslagerung in Tochterfirmen, wo Verluste gegebenenfalls später oder unauffälliger anfallen, aber nichtsdestotrotz ähnliche Risiken für die Bank bedeuten wie vorher. Strengere Vorschriften bezüglich der zulässigen Verschuldung im Hinblick auf die gesamte Bilanz (leverage ratio) können hier Anreize bieten, Bilanzen zu verschlanken.

Mit Basel III wurde mit der Strukturellen Liquiditätsquote (NSFR) eine Kennzahl eingeführt, die die Zahlungsfähigkeit von Finanzinstituten in den nächsten 12 Monaten misst. Eine der Erfahrungen der Finanzkrise war, dass kurzfristige Kreditaufnahme (zur Finanzierung langfristiger Geschäfte oder des laufenden Betriebs) in einer Phase von Misstrauen und Unsicherheit schwierig werden kann und so ernsthafte Liquiditätsprobleme hervorrufen kann. Die NSFR soll daher eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Bewertung von Banken spielen.

### **Schwarze Schwäne gibt es doch – Interne Risikomodelle der Banken auf den Prüfstand:**

- Risikomodelle der Banken kritisch hinterfragen und Anforderungen erhöhen  
→ Sehr seltene und unwahrscheinliche Ereignisse stärker berücksichtigen

Um beispielsweise Kredite oder Wertpapiere hinsichtlich ihres Risikogehalts einschätzen zu können, haben Regulierungsbehörden Risikomodelle entwickelt, den sogenannten Standardansatz. Alternativ können Finanzinstitute, zumeist die großen, die es sich leisten können, eigene Modelle entwickeln (IRB, also internal rating based), die das Ziel haben, Risiken kleinzurechnen und damit Eigenkapitalanforderungen zu verringern und so Geld zu sparen. Wie schlecht diese internen Ansätze funktionieren, ließ sich in der vergangenen Finanzkrise auf dramatische Art und Weise beobachten. Das Risiko des Eintritts vorher für unmöglich erachteter Ereignisse, sogenannter „Schwarzer Schwäne“, wie einen Tagesverlust des Schweizer Franken von über 15% im Jahr 2015 oder Ausfälle als sicher geltender Kreditportfolios, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. In Deutschland werden diese Risikomodelle von der BaFin geprüft und genehmigt – hier scheint eine strengere Maßgabe notwendig zu sein.

### **Ratings made in Europe:**

- Förderung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur
- Strukturelle Unterstützung durch Nutzung ihres Ratings für öffentliche Geldanlage
- Hinwirken auf Anerkennung durch die ESMA und EZB als eine der Agenturen zur Bewertung von Wertpapieren als Sicherheiten bei der Kreditvergabe an Banken

Zu den zentralen Herausforderungen einer europäischen Ratingagentur zählt die weitestgehende Etablierung der „Big three“ Moody's, Standard & Poor und Fitch, die über 90% des globalen Markts abdecken. Trotz ihrer offensichtlichen Fehlbarkeit, Interessenkonflikte und Falschbewertungen, die maßgeblich zum Entstehen der Immobilienblase in den USA und später zur Eskalation der Staatsschuldenkrise in Europa beigetragen haben, sind sie bis heute quasi alternativlos. Dem muss eine seriöse, verlässliche öffentliche europäische Ratingagentur entgegengestellt und gefördert werden. Wo die US-amerikanischen Agenturen Interessenkonflikte durch die Bezahlung durch die zu bewertenden Kunden haben, muss eine europäische mit einem transparenten Bezahlungs- und Bewertungssystem und einer Unabhängigkeit von europäischen Staaten und Institutionen punkten. So wird es möglich sein, dem Teufelskreis der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen von immer schlechteren Ratings und Zahlungsschwierigkeiten zu entkommen.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal kann eine Fokussierung auf ein Klima-Rating von Finanzanlagen sein, bei dem beispielsweise der ökologische Fußabdruck von bewerteten Unternehmen dargestellt wird und gezeigt wird, inwieweit diese Firmen auf eine Energiewende

oder den Klimawandel vorbereitet sind. Dieses Rating könnte bei öffentlicher Geldanlage verpflichtend gemacht werden.

Ein weiterer entscheidender Punkt dabei ist, dass sowohl die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) als zuständige Institution für die Zulassung von Ratingagenturen als auch die Europäische Zentralbank (EZB) als eine wichtige Nutzerin von Ratings im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik bei der Kreditvergabe an Geschäftsbanken diesen Prozess begleiten.

#### **Demokratisierung der Eurozone:**

- Euro-Finanzminister\*in mit eigenem Budget und Kompetenzen
- Euro-Kammer im EU-Parlament

Stärkere europäische Kontrolle von Finanzmärkten und -instituten lassen sich besser verwirklichen, wenn sie institutionell „hinterlegt“ sind. Es ist an der Zeit, den Geburtsfehler des Euro zu beheben: Eine gemeinsame Währung kann ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht funktionieren. Die hier geforderte Kompetenzverlagerung in die Eurozone muss, wenn sie demokratisch legitimiert sein will, durch demokratische Institutionen geschehen. Deshalb plädieren wir für die Schaffung einer Euro-Finanzminister\*in, die die gemeinsame Politik koordiniert, und einer Euro-Kammer im EU-Parlament - möglicherweise als Unterausschuss des ECON-Ausschusses -, die diese Finanzminister\*in demokratisch kontrolliert. Eine Euro-Kammer hat gegenüber einem eigenen Euro-Parlament den Vorteil, dass die Abgrenzung zwischen Eurozone und Europäischer Union weniger stark ausfällt und so die Integration von Nicht-Euroländern leichter fällt. Zusätzlich sollten auch Vertreter\*innen der nationalen Parlamente Teil der Euro-Kammer sein.

#### **Koalitionsvertrag umsetzen – Finanztransaktionssteuer endlich einführen:**

- Käufe von Aktien und Anleihen mit mindestens 0,25% und Käufe von Währungen, Derivate o. ä. mit mindestens 0,025% besteuern
- Auf alle börslichen und nichtbörslichen Käufe in teilnehmenden Staaten
- Im Idealfall weltweit, ansonsten EU-weit, ansonsten national

Auf jeder Rechnung im Supermarkt wird penibel genau die zu zahlende Umsatzsteuer aufgeführt – beim Kauf von Wertpapieren fehlt eine solche Abgabe aber völlig. Eine Finanztransaktionssteuer hat das Potenzial, Spekulationen, die auf geringsten Preisunterschieden von Wertpapieren beruhen, aber keinerlei realwirtschaftlichen Bezug haben, unrentabel zu machen. Diese ständigen Käufe und Verkäufe innerhalb von Sekundenbruchteilen, machen den Wertpapierhandel zwar einerseits teilweise einfacher, da beispielsweise beim Kauf oder Verkauf von Aktien nicht lange auf eine andere Partei gewartet werden muss. Andererseits wiegt dieser Vorteil zunehmende Instabilitäten sowie immer intransparenter werdende Finanzmärkte und -transaktionen nicht wieder auf. Diese Steuer macht Hochfrequenzhandel und kurzfristige Spekulationen bei geringen Preisunterschieden, wie sie insbesondere bei Währungsgeschäften oder Transaktionen unattraktiver und schafft so weniger Geschäfte auf den Finanzmärkten und kann je nach Ausgestaltung EU-weit für einen dreistelligen Milliardenbetrag an Steuereinnahmen sorgen.

#### **Hochfrequenzhandel wirksam unterbinden:**

- Umfassende Finanztransaktionssteuer einführen
- Mindesthaltedauer für Finanzprodukte
- Verbot der Ausnutzung von Informationsvorsprüngen über bevorstehende Käufe und Verkäufe innerhalb der Handelssysteme

Hinter dem technischen Begriff „Hochfrequenzhandel“ verbirgt sich der automatisierte Kauf und Verkauf von Wertpapieren innerhalb von Millisekunden, um kleinste Preisdifferenzen an verschiedenen Börsen (Arbitrage) oder Informationsvorteile über bevorstehende Transaktionen anderer Marktteilnehmer\*innen auszunutzen. Dieser setzt enorme Kapazitäten an Rechenleistungen

und komplexe Handelsalgorithmen sowie teilweise schlicht und einfach eine räumliche Nähe vom Rechenzentrum zur Börse voraus, sodass er längst nicht für Alle Marktteilnehmer\*innen verfügbar ist, sondern insbesondere für diejenigen, die sich diese Kapazitäten leisten können. Während Befürworter\*innen argumentieren, so ließen sich die Liquidität an der Börse erhöhen und Gebühren sowie Preisdifferenzen gesenkt werden, stehen demgegenüber intransparente und unfaire Transaktionen, die darüber hinaus keinen Bezug zu realen Investitionen haben.

Die Ausnutzung der kleinsten Preisdifferenzen kann dabei durch die beschriebene Finanztransaktionssteuer unattraktiv gemacht werden, hierfür reicht bereits ein geringer Steuersatz. Eine Mindesthaltedauer schiebt dem sekundenschnellen Besitzer\*innenwechsel von Wertpapieren zusätzlich wirksam einen Riegel vor.

#### **Weniger Brandbeschleuniger - Eindämmung von komplexen Finanzprodukten:**

- Mehrfachen Wiederverkauf von verbrieften Krediten erschweren  
→ Selbstbehalt auf 25%-33% je Verkäufer erhöhen
- Kreditausfallversicherungen nur für Gläubiger\*innen
- Lebensmittelspekulationen verbieten, aber Warentermingeschäfte erhalten

Banken behalten vergebene Kredite häufig nicht in ihrer eigenen Bilanz, sondern treten die aus dem Kreditvertrag entstehenden Tilgungs- und Zinszahlungen an Investor\*innen ab, die die Banken dafür mit einer Art Prämie dafür entschädigen. Was zunächst für Liquidität bei der Bank sorgt, hat den Nebeneffekt, dass sie nun auch kaum Interesse an einer geordneten Rückzahlung des Kredits hat – die Versuchung, riskante Kredite zu vergeben steigt also. Wenn viele solcher Kredite gebündelt und mehrfach weiterverkauft werden, besteht trotz oder teilweise auch gerade wegen Ratings Unklarheit über die tatsächlichen Risiken dieses Pakets von asset backed securities (ABS). Wenn Banken diese Kredite nicht mehr vollständig weitergeben können, sondern nur teilweise, bleiben sie am Risiko ihrer vergebenen Kredite beteiligt. Gleichzeitig verkürzt sich durch einen solchen Selbstbehalt auch die Liste an möglichen Käufen und Verkäufen. Aktuelle Regelungen, die einen Selbstbehalt von 5-10% vorschreiben gehen nicht weit genug und begrenzen auch nicht den vielfachen Wiederverkauf der Kreditportfolios.

Um sich gegen Kreditausfälle abzusichern, ist es möglich, Versicherungen für diesen Fall abzuschließen. Absurderweise lassen sich diese credit default swaps (CDS) auch vereinbaren, ohne dass man tatsächlich einen Kredit an ein Unternehmen oder einen Staat vergeben hat, was effektiv heißt, dass von der Zahlungsunfähigkeit von Schuldner\*innen profitiert und damit quasi auf diese Illiquidität gewettet wird. Massiv passiert ist dies insbesondere während der Euro-Krise bei Anleihen südeuropäischer Staaten. Wer sich so unverantwortlich zeigt und ohne direktes eigenes Interesse an der Zahlungsfähigkeit Anderer von wirtschaftlichen Notlagen profitieren will, dem soll durch eine Beschränkung der CDS auf Gläubiger\*innen die Geschäftsgrundlage entzogen werden.

Wenn Lebensmittelproduzent\*innen sich gegen schwankende Preise absichern wollen, können sie dies über Warentermingeschäfte oder Futures machen, bei denen sie bereits im Vorhinein einen Preis festlegen, der bei einem zukünftigen Handel gezahlt wird (und dementsprechend auch vom dann aktuellen Marktpreis positiv oder negativ abweichen kann). So weit, so gut – wenn diese (handelbaren) Kontrakte aber zum Spekulationsobjekt werden, werden es die zugrundeliegenden Lebensmittel gleich mit. Das kann zu enormen Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln führen – mit verheerenden Folgen für Landwirt\*innen auf der einen, aber insbesondere für Konsument\*innen, für die bezahlbare Lebensmittel überlebenswichtig sind, auf der anderen Seite. Deshalb braucht es endlich einen wirksamen Schutz der Lebensmittelmärkte vor Spekulationen ohne den Marktteilnehmer\*innen die Möglichkeit zu verwehren, sich wie bisher abzusichern.

Die beschriebenen Produkte und viele weitere mehr tragen insgesamt zur Instabilität des Finanzsystems bei und sorgen für Intransparenz, mehr Risiken und erhöhte Krisenanfälligkeit. Banken



und Finanzdienstleister\*innen sollten sich daher besser auf die Kreditvergabe an die und das Einlagengeschäft mit der Realwirtschaft konzentrieren. Auch eine Finanztransaktionssteuer würde an dieser Stelle weiterhelfen, da sie viele der erwähnten Produkte schlagartig unattraktiver oder sogar unrentabel machen würde.

#### **Lehren aus Cum Ex & Cum Cum:**

- vollkommene Aufklärung von Täter\*innen, Unterstützer\*innen und Mitwisser\*innen und Gründe, weshalb trotz Hinweisen jahrzehntelang nichts unternommen wurde
- bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Steuerbehörden
- Einrichtung oder Ausbau eines Frühwarnsystems zur Erkennung von steuerlichen Auffälligkeiten
- Ausbau der Kommunikation zwischen den nationalen Steuerbehörden
- Whistle-Blower\*innen ernstnehmen, ihren Hinweisen nachgehen und schützen

Wenn Steuervermeidung und Steuerhinterziehung nicht mehr reichen, wird Steuerraub betrieben – so erschreckend einfach lässt sich das Grundprinzip von Cum Ex, Cum Cum und Cum Fake umreißen. Dabei wurden europaweit schätzungsweise 50 Milliarden Euro aus den Staatskassen durch vorgebliche Steuererstattungen erbeutet. Neben einiger Skrupellosigkeit ist dieser beispiellose Raubzug auch durch schlechte Kommunikation zwischen den verschiedenen nationalen Steuerbehörden, Lobbyismus, der bis hin zum Vorschreiben von Gesetzestexten reichte, mangelndes Interesse bei der Aufklärung, schlechte personelle Ausstattung der Steuerfahnder\*innen und ein nicht vorhandenes Frühwarnsystem zu erklären.

Erschwerend kommt hinzu: Auf der anderen Seite werden diejenigen, die überhaupt zum Aufdecken dieses Skandals beigetragen haben, kriminalisiert: So wurde der deutsche Journalist Oliver Schröm, Chefredakteur von Correctiv, wegen der Anstiftung zum Geheimnisverrat angeklagt. Unsere Solidarität gilt denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass wir überhaupt von diesen Skandalen wissen!

#### **Facebook weiß schon mehr als genug – Libra verhindern:**

- Keine Zulassung der von Facebook angekündigten Digitalwährung „Libra“
- Globale Absprachen notwendig

Die Libra Association spricht über Libra als „eine stabile globale Kryptowährung, die auf einem sicheren Netzwerk basiert“ und Facebook als Initiator verspricht, die Privatsphäre von Nutzer\*innen zu respektieren und die Transaktionen über eine Tochterfirma („Calibra“) abzuwickeln. Erfahrungen aus der Übernahme von Whatsapp zeigen allerdings, wie viel von solchen Zusagen zu halten ist. Während Facebook über seine sozialen Netzwerke und weit darüber hinaus bereits Unmengen an Daten von über 2 Milliarden Menschen gesammelt und ausgewertet hat, blieb der äußerst sensible Bereich von privaten Zahlungen bisher außerhalb der Reichweite des Konzerns. Das soll nun geändert werden und ist Anlass zur Sorge, dass bereits bestehende angelegte Profile von Nutzer\*innen um beispielsweise Einkaufsaktivitäten oder Zahlungsschwierigkeiten erweitert werden könnten. Darüber hinaus wurde zwar eine Hinterlegung mit einem Währungskorb aus Leitwährungen zur Stabilisierung des Werts der Libra angekündigt – eine hundertprozentige Sicherheit, ihr „echtes“ Geld zurückzuerhalten, bietet diese aber für Kund\*innen nicht. Um diese Einführung zu verhindern ist es entscheidend, dass Staaten und Zentralbanken international gemeinsam daran arbeiten, Libra noch zu verhindern.

#### **Schattenbanken aus der Grauzone der Regulierung herausholen und kontrollieren:**

- Umgehung der Banken-Regulierung durch Auslagerung an Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds usw. verhindern  
→ Ähnliche Regeln für ähnliche Unternehmen & Geschäfte

Risiken die nicht in den Bilanzen von Banken stehen, fallen auch nur schwerlich bei Stresstests oder anderen Kontrollen auf. Dabei kann es gut sein, dass in Zweckgesellschaften, die vom Finanzinstitut gegründet und kontrolliert werden und für die dieses im Verlustfall auch haftbar ist, ihre Muttergesellschaft ins Wanken bringen. Für diese Tochterfirmen, die vor allem den Zweck haben, riskante Geschäfte oder Positionen nicht direkt mit der Eigentümerin in Verbindung zu bringen, besteht in vielen Bereichen deutlicher Nachholbedarf, was die Regulierung angeht.

#### **Finanzberatungen kontrollieren und reformieren:**

- Ausbildungsstandards bei kleineren Finanzberatungen erhöhen
- Neue Bezahlmodelle für Finanzberatung statt Provision pur

Beim Abschluss von Versicherungen, Geldanlagen oder Kreditverträgen bei privaten Finanzberater\*innen spielen Provisionen eine große Rolle. Dass es dabei zu einem Interessenkonflikt zwischen den Bedürfnissen von Kund\*innen nach günstigen oder sicheren Produkten und denen ihrer Berater\*innen nach solchen, die eine hohe Provision nach sich ziehen, liegt auf der Hand. Wir befürworten daher andere Modelle wie die Bezahlung nach Zeit wie sie beispielsweise bei Anwäl\*innen üblich ist oder eine Verteilung der Provisionszahlungen auf mehrere Jahre. Letzteres hätte den Effekt, dass erste Zahlungen auf einen Versicherungsvertrag nicht nur die Provision decken, sondern direkt das Sparguthaben erhöhen, was bei einer frühzeitigen Kündigung sehr wichtig sein kann. Außerdem würde so das Interesse an einer langfristigen und funktionierenden Geschäftsbeziehung zu den Kund\*innen gestärkt.

Vorher kommt es aber zuallererst darauf an, wie beraten wird. Hier braucht es gerade im Bereich von Strukturvertrieben wie teci höhere Ausbildungsstandards, um Kund\*innen aber auch möglicherweise leichtgläubige, gerade angefangene Mitarbeiter\*innen zu schützen. Berufsschulen spielen hierbei eine wichtige Rolle, aber gerade auch die Ausbilder\*innen und die gelebte Unternehmenskultur vor Ort.

#### **Großbankfusionen – Nein danke!**

- Grundsätzliche Ablehnung der Fusion von Großbanken

„Too big to fail“ war eines der Todschlagargumente, mit denen während der Finanzkrise Finanzinstitute alternativlos mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Eine Lehre daraus muss also sein, diese Institute nicht wieder so groß werden zu lassen, dass eine mögliche Schiefelage durch ihre schiere Größe und Verzahnung innerhalb des Wirtschaftssystems letzteres insgesamt in Gefahr bringt.

Die Fusionen bzw. Übernahmen der Dresdner Bank durch die Commerzbank und die der Postbank durch die Deutsche Bank zeigen, wie schwierig, teuer, riskant, ineffizient, schlecht geplant, amateurhaft durchgeführt, naiv, intransparent und wenig zielführend solche Transaktionen sind. In ersterem Fall wurden unüberschaubare Risiken in die Bilanz der Commerzbank eingekauft, die später maßgeblich zur Notwendigkeit von staatlichen Rettungsmaßnahmen führten. In letzterem Fall gestaltete und gestaltet sich die Integration der Postbank in den Deutsch Bank-Konzern nach wie vor als so schwierig, dass zwischenzeitlich ein Wiederverkauf stattfinden sollte, der mangels Interessenten wieder abgeblasen wurde. Auch die Planspiele um eine Fusion der beiden wankenden Riesen Deutsche Bank und Commerzbank im Frühjahr 2019, maßgeblich befeuert durch Finanzminister Olaf Scholz, haben gezeigt, wie widersinnig ein solches staatsmonopolistisch-kapitalistisches Vorhaben ist.

#### **Regulierung gibt's nicht für lau! Behörden handlungsfähig machen:**

- Massive Investitionen in Personal, Ausstattung, Fortbildung
- Nationale und internationale Vernetzung ausbauen
- Lobbyismus eindämmen und Transparenz schaffen

Bei allen diesen Vorschlägen muss es, um sie umsetzbar zu machen, zunächst grundsätzlich um eine bessere Ausstattung von Steuer-, Kontroll- und Regulierungsbehörden gehen. Beispielhaft seien hier der deutsche Ausschuss für Finanzstabilität (AFS), die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) genannt.

Das Hase-und-Igel-Spiel zwischen Banken, die immer neue Lücken im Regulierungsdickicht finden und immer komplexere Finanzprodukte erfinden und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite muss ein Ende haben. Dafür braucht es entschlossene (finanzielle) Investitionen in Know-How und personelle sowie technische Ausstattung. Auch der Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit über Grenzen von Bundesländern und Staaten hinweg ist mitentscheidend für die Lösung der globalen Probleme des Finanzsektors.

Darüber hinaus ist kaum jemandem geholfen, wenn neue Regulierung und Gesetze so komplex geschrieben sind, dass sie für kleinere Banken zum ernsthaften und teuren Hindernis wird, große Institute aber darin immer neue Lücken finden. Besser und hilfreicher sind hier einfachere, aber strengere Regeln, die kleinere und ungefährlichere Institute nicht unnötig belasten und großen Marktteilnehmer\*innen keine Schlupflöcher bieten.

Bei der Durchsetzung von mehr Regulierung des Finanzsektors sehen sich Abgeordnete und Regierungen in Berlin, Brüssel und anderswo regelmäßig Lobbyist\*innen gegenüber, die versuchen, die Gesetzgebung nach ihren Interessen zu beeinflussen. Im Extremfall führt das dazu, dass Gesetzestexte Wort für Wort aus Empfehlungen von Lobbyverbänden stammen. Mehr Transparenz hinsichtlich Kontakten von Abgeordneten und Lobbyist\*innen, ein Lobbyregister und eine Unterstützung von NGO's wie Finanzwende e. V. können dazu beitragen, dieses Ungleichgewicht zu verkleinern.

Im Idealfall würden die vorgeschlagenen Regulierungen weltweit gelten, um ein Ausweichen von Finanzinstituten in schlechter regulierte Regionen zu verhindern, nichtsdestotrotz wäre auch ein EU-weiter Geltungsbereich bereits ein großer Schritt für mehr Stabilität des Finanzsektors. Deutschland sollte hierbei vorangehen und deutlich machen, wie wichtig eine umfassendere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte ist.

**Ini1**

## Verstetigung der Finanzierung von Dachverbänden im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“

AntragsstellerIn: Kreisverband Minden-Lübbecke

Wir begrüßen die Verstetigung der Förderung des Programms „Demokratie leben!“ durch das BMFSFJ. Dort sind in den letzten Jahren wertvolle Strukturen entstanden, die zu Recht jetzt verfestigt werden sollen. Allerdings enthält der Entwurf des „Demokratieförderungsgesetz“ eine entscheidende Lücke, die Dachverbände von der Förderung ausschließt. Der Fokus auf Projektförderung streicht den drei Bundesverbänden für Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, für Opferberatung und Ausstiegsberatung ab 2020 die Finanzierung. Statt der Bundesverbände sieht die neue Struktur die Förderung von sogenannten Kompetenznetzwerken vor. Bis zu fünf Träger können sich gemeinsam als ein solches Kompetenznetzwerk bewerben. Das schließt die drei Bundesverbände von der Bewerbung aus, denn sie vertreten jeweils weit mehr Träger.

In sogenannten Kompetenznetzwerken für „Organisation und Durchführung von Fachaustausch“, für Qualifizierung, sowie für „Unterstützung bei der Festlegung von fachlichen Standards“ sollen zukünftig Projekte gefördert werden. Das sind Aufgaben, die bisher von Dachverbänden organisiert werden. Diese haben in den letzten Förderungsperioden ihre Strukturen professionalisiert. Expertise und Kontakte müssten die neuen Kompetenznetzwerke allerdings erst aufbauen, während die bestehenden Bundesverbände das Wissen bereits zusammenführen, das die einzelnen Mitglieder vor Ort über Jahre erarbeitet haben. Die Verstetigung von erprobten Angeboten aufgrund der unzureichenden Strukturen zur Regelfinanzierung von Präventionsarbeit bleibt ein ungelöstes Problem.

Für die Arbeit gegen Rechtsextremismus ist es wichtig, dass Strukturen dauerhaft erhalten bleiben, da sich nur so Gerade in Zeiten, wo die Arbeit der Dachverbände immer wieder von der politischen Rechten in Frage gestellt wird, ist der Gesetzesentwurf deshalb ein falsches Signal. Wir fordern deshalb, dass im Demokratieförderungsgesetz auch den bestehenden Dachverbänden eine Fördermöglichkeit eingeräumt wird.

**Ini2**

## Beim Klimaschutz darf jede\*r mitreden – Klimapolitik transparent gestalten

AntragsstellerIn: Kreisverband Höxter

Derzeit setzen sich viele (junge) Menschen mit den Themen Klimawandel und Umweltschutz auseinander. Es werden Ideen entwickelt wie die Umwelt langfristig und nachhaltig geschützt werden kann, um den Klimawandel aufhalten zu können.

Wir fordern unsere Umweltministerin Svenja Schulze auf, dass sie sich mit diesen Menschen über ihre Vorstellungen und Ideen austauscht. Dieser Austausch soll in Form von Klimakonferenzen stattfinden, an denen jeder\*r teilnehmen kann.

### **Klimakonferenzen für alle**

Das Konzept der Klimakonferenzen beinhaltet Diskussionsrunden sowie Lern- und Ideenwerkstätte. Engagierte Menschen sollen die Möglichkeit haben, an zukunftsweisenden Themen wie dem Klimaschutz mitdiskutieren und gestalten zu können.

### **Diskussionsrunden**

Die Umweltpolitik muss transparent und verständlich dargestellt und erklärt werden. Welche Auswirkungen kann das Klimaschutzgesetz auf die Umwelt haben? Wann und wie wird die Umwelt davon profitieren?

Zudem sollen Aktivist\*innen und Politikern\*innen über neue Ideen und Formen im Umweltschutz debattiert und gemeinsame Ziele entwickeln.

### **Lern- und Ideenwerkstätte**

Neben dem theoretischen Part der Klimakonferenzen soll es Möglichkeiten geben selbst Experimente und neue Technologien auszuprobieren beispielsweise zum Thema Filterung von Mikroplastik aus dem Wasser.

# K1

## Dirty Old Town – Ein Herz für die Provinz

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

2020 werden die Kommunalparlamente neu gewählt. Wir Jusos wissen, wie wichtig die kommunale Ebene ist. Nirgendwo treffen die Entscheidungen so direkt auf die Menschen wie in den Kommunen. Wir wollen im nächsten Jahr nicht nur viele junge Menschen in die kommunalen Parlamente in Ostwestfalen-Lippe bringen, wir wollen für die Wahl auch die Themen setzen, die vor allem die jungen Menschen bewegen.

Wenn in der Kommunalpolitik von Generationen die Rede ist, geht es meist nur um Kinder und Senior\*innen. Junge Erwachsene werden oft schlichtweg übersehen. Wir wollen die Stimme sein, die die Interessen dieser Generation in den Kommunen vertritt.

### **Niemand braucht Berlin – rette erstmal deine Stadt!**

Ob Schienentrassen, Netzausbau, ÖPNV, Kulturangebot oder medizinische Infrastruktur – viele Menschen in Ostwestfalen-Lippe haben den Eindruck, ein zukunftsfähiges Angebot wird nur für einige wenige Ballungszentren geschaffen und der nicht ganz so dicht besiedelte Raum bleibt außen vor.

Das betrifft vor allem junge Menschen, die Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen haben. Für viele wirkt der Gang in die Großstädte verlockend, andere wollen oder können nicht weg gehen, weil sie bei ihrer Familie bleiben wollen, Verpflichtungen haben oder sich eine Ausbildung in einer teuren Großstadt schlichtweg nicht leisten können.

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen, dass auch in den weniger dicht besiedelten Räumen Perspektiven und eine hohe Lebensqualität für junge Menschen geboten werden.

### **Eine gute Infrastruktur heißt eine starke öffentliche Hand – gerade vor Ort**

Dafür setzen wir auf eine gute kommunale Infrastruktur. Der Versuch, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren und Sparkurse als Hauptthema kommunaler Politik zu setzen, ist krachend gescheitert.

Eine zukunftsfähige Infrastruktur gibt es nur, wenn in den Kommunen investiert wird. Wir wollen uns nicht beteiligen an den verbreiteten Wettkämpfen der vergangenen Jahre darum, welche Partei die beste Sparkommissarin abgibt. Wir Jusos wollen dagegen die SPD zu der Partei machen, die am meisten in eine zukunftsfähige und lebenswerte Kommune investiert.

In den weniger dicht besiedelten Räumen heißt eine gute Infrastruktur für junge Menschen vor allem:

- **Mobilität.** Wer außerhalb von großen Ballungsräumen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, guckt oft in die Röhre. Das wollen wir ändern. Ausbau von Buslinien, die Entwicklung kommunaler ÖPNV-Apps als Weiterentwicklung von Anruf-Sammel-Taxis, der Ausbau von öffentlichen Car-Sharing-Projekten, ticketloser ÖPNV und eine Prüfung, ob stillgelegte Schienennetze wieder reaktiviert werden können, sind konkrete Ansätze.
- **Digitale Infrastruktur.** Wenn du mal wieder keinen Handy-Empfang hast oder wenn die Netflix-Serie schon wieder hängt, dann bist du wohl gerade im Dorf. Wir wollen einen Netzausbau, der sich stärker nach der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit richtet.

- **Bildung.** Die Schul-Toilette unbenutzbar? Knapp unter der notwendigen Kilometeranzahl, ab der ein Busticket zur Schule erstattet wird? Die Berufsschule mehr als eine Stunde Fahrt entfernt? In der Schule nur Kreidetafeln statt digitaler Medien? Dagegen wollen wir etwas tun. Gute Bildung und eine gute Ausbildung sind wichtige Voraussetzungen für eine lebenswerte Kommune.

### **Gebt den jungen Menschen den öffentlichen Raum!**

Gerade junge Menschen wollen öffentliche Räume, die sie selbst gestalten können. Davon gibt es gerade in kleineren Städten viel zu wenig. Öffentliche Grillplätze, Skateanlagen, legale Graffiti-Sprühwände und so weiter sind Möglichkeiten, jungen Menschen mehr Raum zu geben.

Einhergehen muss das mit einer Jugend-Kulturpolitik, die vor Ort Raum gerade auch für subkulturelle Angebote schafft.

Darüber hinaus sollen junge Menschen aktiv an entsprechenden Entscheidungen und Prozessen beteiligt werden. Dazu müssen sowohl vorhandene Modelle und Strukturen, wie z.B. Jugendparlamente oder Schüler\*innenvertretungen, genutzt, auf Augenhöhe eingebunden und gefördert, als auch neue Initiativen und Möglichkeiten geschaffen werden.

**K2**

## (Wieder) Mehr Demokratie wagen – integrierte Stichwahl für Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen einführen

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

Mit der Abschaffung der Stichwahl für Bürgermeister und Landräte haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP im April 2019 der kommunalen Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Die CDU haben dabei ihren Juniorpartner vor ihren machtpolitischen Karren gespannt, um bei der Kommunalwahl 2020 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte aus ihren Ämtern zu vertreiben, die sie 2014 bzw. 2015 mit absoluter Mehrheit der Wählerstimmen errungen haben.

Der entschlossene Widerstand der sozialdemokratisch angeführten Opposition und die Beteiligung am Bündnis „Stichwahl bleibt!“ von „Mehr Demokratie e.V.“ waren notwendige Schritte, die der demokratiepolitischen Dimension dieses unverantwortlichen Handelns gerecht wurden. Die angekündigte Klage der SPD-Landtagsfraktion vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen diese schwarz-gelbe *Weniger-Demokratie-Reform* ist die richtige Konsequenz.

Es genügt jedoch nicht, die Verschlechterung des Status Quo zu beklagen und eine einfache Rückabwicklung der Reform zu fordern. Das erste Argument der Stichwahl-Abschaffer ist schwach, die kaum erwähnenswerten Mehrkosten für einen zweiten Wahlgang allein können diese Reform nicht rechtfertigen. Am zweiten Argument dagegen kranken beide Modelle: Die schwache demokratische Legitimation.

Ohne Stichwahl gehen viele Menschen wählen, jedoch ziehen unter Umständen Kandidierende mit bloß einem Viertel der Stimmen in die Amtsstuben ein. Mit einem zweiten Wahlgang ist die absolute Mehrheit geschützt, jedoch stimmen die Menschen seit Jahren mit den Füßen ab und bleiben in Scharen zu Hause. Diese doppelte Schwäche ist offensichtlich, und kann auch nicht durch Austauschen von jeweils zur eigenen Argumentation passenden Zahlenbeispielen übertüncht werden.

Ein Modell, das diese doppelte Schwäche des Wahlrechts löst, ist die integrierte Stichwahl. In einem einzigen Wahlgang wählen die Wählerinnen und Wähler nicht nur ihre erste Wahl für Rat- und Kreishaus, sondern nummerieren alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Stimmzettel durch. Es werden – wie in einem ersten Wahlgang – zunächst nur die erste Stimme ausgezählt. Erreicht dabei niemand eine absolute Mehrheit, werden nach und nach die schwächsten Kandidaturen aussortiert und ihre Stimmzettel gemäß dem Wählerwillen weiterverteilt, bis ein Kandidat oder eine Kandidatin die Hälfte aller Wählerstimmen erreicht. Erreichen etwa bei drei Kandidierenden Kandidatin A und Kandidat B jeweils etwa 40 Prozent und Kandidat C etwa 20 Prozent, scheidet letzterer aus und seine Stimmzettel werden nach der zweiten Präferenz auf die beiden Verbliebenen verteilt.

Der einzige Nachteil dieses Verfahrens ein gewisser Mehraufwand beim Auszählen. Dem ist zum einen entgegenzuhalten, dass dieser in keinem Verhältnis zur Belebung des demokratischen Wettstreits in den Kommunen steht. Zum anderen ließe sich auch bei diesem Aspekt durch elektronische Erfassung alle Stimmzettel zum Zweck der Auszählung Abhilfe schaffen. Das bedeutet, dass der Wahlvorstand die Stimmzettel händisch etwa in eine Excel-Tabelle überträgt, wahlweise mithilfe eines geeigneten Programms. Ein zeitaufwendiger Auszählungsprozess mit mehreren Auszählungsrunden lässt sich so vermeiden, die erfassten Stimmzettel können beim Wahlleiter mittels geeigneter Software ausgezählt werden. Der Prozess ist sicher gegen Manipulation, mehr noch trägt er zu mehr Transparenz bei, da einfach nachgeprüft werden kann, ob der Wahlvorstand die Stimmen korrekt erfasst hat. Das



Wahlgeheimnis bleibt hierbei vollständig gewahrt, da die Stimmzettel den Wählerinnen und Wählern nicht zugeordnet werden können.

Die integrierte Stichwahl wird erfolgreich etwa bei der Präsidentschaftswahl in Irland oder bei der Wahl der Senatoren im US-Bundesstaat Maine eingesetzt. Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ spricht sich für dieses Verfahren ebenso aus wie seit 2015 auch die SGK Niedersachsen. Sie schafft mit hoher Wahlbeteiligung und einer garantierten absoluten Mehrheit eine doppelt starke demokratische Legitimation. Die SPD-Landtagsfraktion ist aufgefordert, auf eine entsprechende Änderung des Kommunalwahlgesetzes hinzuwirken.

**N1**

## Public Money, Public Code - was alle bezahlen, soll auch allen gehören

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

Wir fordern, dass rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die es erfordern, dass mit öffentlichem Geld entwickelte oder bezahlte Software unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz gestellt werden. Von allen bezahlter Code sollte für alle verfügbar sein!

Jedes Jahr geben öffentliche Verwaltungen Millionenbeträge für die Entwicklung und den Einsatz von Software aus. Die digitalen Dienste stellen eine kritische Infrastruktur für den Staat dar. Ohne Software können die meisten Verwaltungsprozesse und Partizipationsmöglichkeiten nicht mehr bereitgestellt werden.

Umso problematischer ist es, dass diese kritische Infrastruktur in den allermeisten Fällen von Software abgebildet wird, welche unter einer restriktiven Lizenz stehen. Diese untersagt die Weitergabe oder den Austausch der Software und ermöglicht es nicht, dass die Verwaltungen diese nach ihren Bedürfnissen anpassen können.

Ebenso stellt dies eine Bedrohung der Sicherheit der digitalen Infrastruktur dar, da der Zugriff auf den zugrundeliegenden Quellcode nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. So kann dieser nicht auf Sicherheitslücken oder Schwachstellen überprüft werden. Auch ist ein selbstständiges Beheben von Sicherheitslöchern oder Hintertüren nicht möglich.

Hinzu kommt, dass der Einsatz von proprietärer Software bestehende Monopole fördert oder auch schafft, da der Wettbewerb unter den Unternehmen stark eingeschränkt ist. Dies führt dazu, dass die Verwaltungen von einer kleinen Anzahl von Unternehmen abhängig ist.

Wir fordern deshalb, dass die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass durch öffentliches Geld gekaufte oder entwickelte Software unter eine Freie-Software- und Open-Source-Lizenz<sup>1</sup> gestellt werden.

Dies hat konkret folgende Vorteile:

1. Da ähnliche Programme nicht komplett neu entwickelt werden müssen können Steuern gespart werden. Anpassungen sind somit auch leichter möglich, da der Programmcode öffentlich eingesehen und verstanden werden kann. Die Verwaltungen werden somit befähigt Anpassungen selbst durchzuführen.
2. Open-Source-Software fördert die Zusammenarbeit, da alle den Code einsehen können. So können Kosten zwischen den Verwaltungen geteilt werden. Auch können Expertisen aus verschiedenen Bereichen eingesetzt und ebenfalls geteilt werden.
3. Durch transparente Prozesse und Entwicklungen werden Innovationen gefördert, da das Rad nicht dauernd neu erfunden werden muss. So kann auf der Entwicklung anderer aufgebaut werden und andere können von den eigenen Entwicklungen profitieren.
4. Da der Quellcode der Software öffentlich ist können Schwachstellen und Sicherheitslücken leichter gefunden und geschlossen werden. Öffentliche Audits des Code sind so erst überhaupt möglich.
5. Durch den Verzicht auf restriktive Lizenzen wird der Wettbewerb gefördert, da somit kein Konzern auf seinem Code "sitzt" und alleine durch sein Monopol Gewinne erwirtschaftet.
6. Der Einsatz von Open-Source-Software führt dazu, dass Verwaltungen nicht mehr an einen Dienstleister gebunden sind und somit freier unter diesen wählen können.

---

<sup>1</sup> <https://fsfe.org/freesoftware/basics/summary.html>

Hinzu kommt ein zutiefst sozialdemokratisches Prinzip: was von allen bezahlt wird soll auch allen gehören und zur Verfügung stehen! Öffentliches Geld wird somit nicht dafür eingesetzt, das bestehende Monopole verfestigt werden. Auch, wenn die betroffene Software dann Open-Source ist, können Unternehmen weiterhin hiermit Geld verdienen. Durch Support-Verträge für eine Sicherstellung des reibungslosen Betriebs, der Anwenderschulung oder der schnelle Bearbeitung von Anfragen können die Unternehmen den Verwaltungen Dienstleistungen anbieten, um die Entwicklung zu refinanzieren. Auch ist es möglich, dass Verwaltungen für die priorisierte Bearbeitung von neuen Funktionen die Software-Unternehmen bezahlen. Die genannten Konzepte sind in der IT-Branche weit verbreitet und erprobt, sodass auch mit freier und offener Software weiterhin Geld verdient werden kann.

Open-Source-Software ist ein modernes, öffentliches Gut, dass es jedem erlaubt die Anwendungen, die täglich benutzt werden, frei einzusetzen, zu verstehen und zu teilen. Diese Vorteile sollen auch den öffentlichen Verwaltungen, welche einen essentiellen Teil der demokratischen Infrastruktur bereitstellen, zu Gute kommen.

O1 Feminismus - mehr als nur einer unserer Grundwerte: Strategien für mehr aktive Frauen bei den Jusos OWL

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

Feminismus bedeutet, sich für die Gleichstellung aller Menschen unabhängig vom Geschlecht einzusetzen und gegen Diskriminierung und Sexismus vorzugehen. Wir Jusos bezeichnen uns unstreitig als Feminist\*innen. Wir verlangen unter anderem gleiche Löhne, gleiche Rechte, gleiche Chancen.

Trotzdem können wir bereits in unserem eigenen politischen Alltag ein starkes Ungleichgewicht erkennen. Ortsvereine und Fraktionen haben mehr männliche als weibliche Mitglieder, Veranstaltungen werden regelmäßig von mehr Männern als Frauen besucht, Podien und Vorstandsposten sind öfter männlich als weiblich besetzt. Wenn die Zukunft der SPD jünger und weiblicher werden soll, sind Jusos dabei in doppelter Hinsicht in besonderer Verantwortung. Wir wissen um die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft und Wirtschaft, unserer Mutterpartei, aber auch unseres eigenen Verbands. Von Männern dominierte Vorstände, Veranstaltungen, Antragsdebatten, Diskussionen, Klüngelrunden und Entscheidungen machen auch vor jungsozialistischer Politik nicht halt. Wir fassen uns dabei an die eigene Nase. Unser Ziel ist, dass sich der Grundwert Feminismus in unserer Arbeit, unseren Mitgliedern und unseren Forderungen widerspiegelt.

Weibliche Neumitglieder direkt ansprechen

Junge weibliche Neumitglieder treffen in ihren Ortsvereinen nicht selten auf eine Herrenrunde gesetzten Alters. Das kann erst einmal abschrecken. Sich aktiv einzubringen und eigene Themen zu setzen erfordert in diesem Rahmen viel Mut, Selbstbewusstsein und leider auch Frustrationstoleranz.

Wir möchten insbesondere jungen Frauen den Einstieg in die aktive Parteiarbeit von Anfang an erleichtern. Dazu planen wir, Neumitgliederseminare von bereits politisch aktiven Frauen durchführen zu lassen. Diejenigen, die schon Erfahrungen gesammelt haben, sollen als Ansprechpartnerinnen und Mentorinnen fungieren. So können neue weibliche Mitglieder gestärkt werden und mit dem Rückhalt der Erfahrung anderer Frauen die Hemmschwellen im eigenen Ortsverein leichter überwinden.

Frauenvernetzung fördern

Der Regionalvorstand der Jusos OWL möge ein Konzept zur Frauen\*vernetzung erstellen. Projekt- und themenbezogen können wir Frauen aus der gesamten Region zusammenbringen.

Unterstützung bei Projekten, Ämtern und Kandidaturen

Frauen, die eigene Projekte durchsetzen möchten oder für Ämter und Mandate kandidieren, werden wir unmittelbar durch unsere Mitarbeit als Jusos OWL und mittelbar durch Förderung der Vernetzung von Frauen und Herstellung von Kontakt untereinander unterstützen. Vor allem im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2020 möchten wir junge Frauen ermuntern, sich vor Ort politisch zu engagieren, ihre Kommune nach ihren Vorstellungen mitzugestalten – und sich gegen viele Männer durchzusetzen.

Im Juso-Regionalvorstand feministisch denken und arbeiten

Die Unterstützung, Förderung und Vernetzung von Frauen wollen wir insbesondere innerhalb der Arbeit des Regionalvorstands verwirklichen und verstärken. Auch über die Quotierung unseres Vorstands hinaus begrüßen wir weibliche Kandidaturen ausdrücklich, Frauen organisieren und leiten unsere Veranstaltungen und sind Mitglieder von Podiumsdiskussionen.

Grundsätzlich ist es gleich in mehrerer Hinsicht wichtig und nur demokratisch, dass unsere Entscheidungen und unsere Politik im Regionalvorstand offen und transparent diskutiert, geplant und durchgeführt werden. Dabei achten wir besonders darauf, Frauen miteinzubeziehen.

Greifbare Vorbilder schaffen

Marie Juchacz, 1919 die erste Rednerin in der Nationalversammlung, Frieda Nadig, eine der „Mütter des Grundgesetzes“, Heidemarie Wiczorek-Zeul als erste Frau an der Spitze der Jusos, Katarina Barley oder Malu Dreyer – damals wie heute gibt es in der SPD starke weibliche Vorbilder. Wir möchten neben diesen großen Namen aber auch Vorbilder schaffen, die im Alltag greifbar und ansprechbar sind. Frauen, die bereits in Vorständen, Fraktionen, auf kommunaler, regionaler oder auf Landesebene aktiv sind möchten wir als Funktionärinnen bei Seminaren und Veranstaltungen präsenste Rollen einnehmen lassen. Damit möchten wir Frauen Mut machen, für ihre eigenen kleinen und großen Ziele zu kämpfen.

# 02

## Alle reden vom Rave! Wir nicht!

AntragsstellerIn: Kreisverband Minden-Lübbecke

Die Geschichte aller bisherigen Juso-Partys ist die Geschichte von Kämpfen um die passende Musik zur passenden Zeit. Wir setzen uns für weniger elektronische Musik auf Juso-Partys und die Schaffung einer „Jusos NRW“-CD für den Juso-Bundesvorstand ein. Außerdem sollte die Musikauswahl auf allen mehrtägigen Juso6 Veranstaltungen unseren demokratischen Maßstäben genügen.

Techno ist Ausdruck dessen, was Musik nach Adorno in der verwalteten Welt widerfährt: Unter "Bedingungen planender, organisierender Erfassung" wird ihr die "künstlerischen Freiheit und Spontaneität" entzogen. Längst sind DJ\* Sklaven immer gleicher populärer Beats. Abgeschottet hinter dem DJ\*-Pult ist eine Interaktion mit den Hörer\*innen dabei minimal. Er\*Sie ist also nichts anderes als Vorarbeiter\*in einer Musikindustrie, welche auf den populären Sound aufbaut. Das musikalische Endprodukt hat sich dabei längst von den Künstler\*innen entfremdet, weil der künstlerische Mehrwert auf Wiederholung immer gleicher Langeweile basiert. Wo Musik derartig zur Ware wird und sich der künstlerische Mehrwert nur in monetären Maßstäben berechnet werden kann, lässt die Analyse nur einen Schluss zu: Die sogenannte Technomusik ist Ausdruck eines „Kapitalismus pur“ in der Musikindustrie.

Deshalb eignet sich diese Musik auch nicht als Ausdruck des Protestes, weil ihr wahrer Charakter so sehr mit der Unterhaltung und dem Konsum verbunden ist, dass Versuche der Musik eine andere – eine politische – Funktion zu geben, eine Fassade bleiben. Wir stellen zwar fest, dass Aktivist\*innen wie Hedonist International den Versuch unternehmen, politische Inhalte über die Partyszene zu verbreiten und wir halten auch fest, dass die Techno-Bewegung gerade in den Anfängen durchaus als Protestbewegung verstanden werden kann. Allerdings müssen wir auch festhalten, dass der Versuch eine Gegenkultur zu entwickeln vage bleibt, wenn sie nicht im Kern antikapitalistisch ist. Gerade die Hip-Hop-Kultur oder auch die Punk-Bewegung sind gute Beispiele dafür, dass Musikrichtungen auch antikapitalistisch organisiert sein können. Und wenn auf einem Rave das Motto ausgegeben wird, dass Menschenfeindlichkeit nicht zu ertragen sei, dann stellen wir fest, dass dieser Rave nicht zu ertragen ist. Weil dadurch, dass er das Entsetzliche auch noch konsumierbar gemacht wird, schlicht aus der eigentlichen Botschaft auch noch einmal neue Konsumqualitäten herauspresst. Auf einem Rave ist es jedenfalls noch nicht zu einer sachgerechten Analyse des kapitalistischen Systems und einer daraus folgenden Kritik an den bestehenden Verhältnissen gekommen, auf einem Helene Fischer Konzert aber ehrlicherweise auch noch nicht. Party-Hedonismus ist eben auch nur „Opium des Volkes“, aber keine wirksame Politisierungsstrategie.

Andererseits ist Kunst natürlich immer nur Ausdruck dessen was ist. Der Beat ist Hammerschlag einer geknechteten Arbeitnehmer\*innenschaft. Endlos. Ohne Pause, in einem System, was den Mensch zur Maschine macht. Drastisch ausgedrückt bedeutet das: Wer die Arbeiter\*innenschaft befreien will, muss sie zunächst vom "Boom" befreien. Denn im Techno spiegelt sich alles wider, was Sozialist\*innen politisch bekämpfen: Einfache musikalische Antworten auf komplexe Fragen. Techno als Ausbruch aus dem Alltag statt politischem Klassenkampf. Das hat auch damit zu tun, weil in einer Musikrichtung ohne Text auch keine Verbalisierung einer neuen Welt stattfinden kann. Die Entsolidarisierung auf der Tanzfläche, wo jede\*r für sich tanzt, spiegelt dabei zwar die logische Konsequenz einer im Grunde genommen Ich-bezogenen Musik wider, aber es stellt für uns keine tanzbares Abbildung des Sozialismus dar. Soll der "Boom" wirklich die Antwort auf unsere musikalischen Fragen sein? Nein. Wer die herrschenden Verhältnisse kritisiert, darf beim Techno nicht schweigen. Die politischen

Verhältnisse müssen auch auf dem Dancefloor zum Tanzen gebracht werden. Es gibt schließlich keinen richtigen Beat im Falschen.

So ist es auch nicht die Musik der Menschen, die ihr Sein auf der Tanzfläche, sondern umgekehrt das gesellige Sein auf der Tanzfläche, das ihre Musik bestimmt. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Vielfalt sowohl die Stärke unserer Gesellschaft als auch unserer Musik ist. Aus dieser Vielfalt kann Gemeinschaft wachsen und so alle Beteiligten stärken.

### **Doppelte Haltelinie schützt vor musikalischer Armut**

Darüber hinaus wissen wir um die zunehmende musikalische Armut mit steigendem Alter des Abends. Einzelne punktuelle Korrekturen wie Liedwünsche können häufig nicht mehr retten, was nicht mehr zu retten ist.

Abhilfe schaffen kann dort eine doppelte Haltelinie. Erstens: Blacklisting bestimmter Künstler\*innen. Zweitens: Grundsätzlicher Anspruch auf Respektmusik ("Africa" von Toto) für jeden ohne vorherige entwürdigende Prüfung, inwieweit der Abend dieser bedarf.

Die Tänzer\*innen haben nichts zu verlieren, außer ihren Rhythmus. Deswegen fordern wir: Tänzer\*innen aller Länder, vereinigt euch!